

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



2 / 2005

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de

15 Jahre Deutsche Einheit:

Gefühlte Vorzüge im Abwärtstrend



Joachim Gauck erinnerte an die oft an den Rand der Entwicklung gedrängten und vergessenen Bürgerrechtler in der früheren DDR.

Fotos: Schröder/Delhaes

Vor 16 Jahren kamen die versteinerten Verhältnisse in der DDR in Bewegung. Wenige Monate nach der Öffnung der Mauer konnten die Menschen im Osten Deutschlands erstmals seit Jahrzehnten in freien Wahlen ihre Abgeordneten für die Volkskammer bestimmen; mit der Einführung der D-Mark Anfang Juli 1990 war das Ende der sozialistischen Planwirtschaft unumkehrbar. Am 3. Oktober 1990 war Deutschland wiedervereinigt.

Nicht nur ökonomische Probleme standen im Mittelpunkt der Tagung, die den vielfältigen Fragen im Zusammenhang mit dem längst noch nicht abgeschlossenen Prozess der inneren Einheit nachspürte.

Seite 3-5

60 Jahre Kriegsende:

Stalinisierung und Zwangsvereinigung

Ein Beitrag der ganz besonderen Qualität zu den vielen Zeitzeugenberichten rund um das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 60 Jahren lieferte Wolfgang Leonhard. Er kam im April 1945 als Mitglied der berühmten „Gruppe Ulbricht“ in das von der sowjetischen Armee besetzte Berlin. Die Gruppe deutscher Kommunisten



Zeitgeschichte aus erster Hand – packend und anschaulich erzählt von Wolfgang Leonhard.

aus dem Moskauer Exil hatte die Aufgabe, im Sinne der Sowjetregierung unter Stalin eine scheinbar demokratische Verwaltung und ein Parteiensystem zu etablieren. Als Leonhard die fortschreitende Stalinisierung erkannte, flüchtete er im März 1949 unter Lebensgefahr in das blockfreie Jugoslawien und von dort Ende 1950 in die Bundesrepublik. Später lehrte er unter anderem in Oxford und Yale. Der 84-Jährige gilt als Kapazität der internationalen Kommunismusforschung.

Seite 24

Die neue EU der 25:

Mit Problemen beladen

Haben sich die Erwartungen bzw. Befürchtungen bezüglich der Osterweiterung der EU bestätigt? Diese und daran anknüpfende Fragen standen im Zentrum einer international ausgerichteten Fachtagung, die die Akademie gemeinsam mit einer ganzen Reihe von Kooperationspartnern durchführen konnte. Schnell wurde deutlich, dass die letzte Erweiterungsrunde nicht allein aufgrund ihrer Dimension (10 Länder mit ca. 75 Millionen Einwohnern), sondern auch wegen der großen Einkommensdifferenzen mit vielen Problemen beladen ist.

Seite 6-10



Der bayerische Finanzminister Kurt Faltlhauser sprach über die Unternehmensbesteuerung als wesentliches Element des sich verschärfenden Standortwettbewerbs in Europa.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<u>15 Jahre Deutsche Einheit:</u> Gefühlte Vorzüge im Abwärtstrend	3
Das neue Europa ist mit vielen Problemen beladen	6
Steuerdumping in der erweiterten EU	9
<u>Migration und Schule:</u> Ein Blick über die Grenzen	11
Entwicklungsland mit Atomprogramm	13
<u>US-Außen- und Sicherheitspolitik:</u> Globale Rolle unter dem Primat des Unilateralismus	15
Vom Überleben in einer Nischengesellschaft	17
<u>Akademiegespräch im Landtag:</u> Flucht und Vertreibung – Erinnerung und Gegenwart	19
„Erlöst und vernichtet in einem“	21
<u>60 Jahre Kriegsende:</u> Stalinisierung und Zwangsvereinigung	24
Zeitungsecho – Medienstimmen – Pressesplitter	25
Themen – Tagungen – Termine	26
Förderkreis	31
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	32

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:
Siegfried **Kett**

Kollegium:
Saskia **Hieber**, M.A.
Internationale Politik

PD Dr. Michael **Piazolo**, Dozent
Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht,
Rechtspolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**
Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**
Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Miriam **Wolf**, M.A.
Ethik und Politik

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich Oberreuter
(verantw.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:

Dinauer Medienbetrieb GmbH
Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Gefühlte Vorzüge im Abwärtstrend

Fachtagung spürt den Illusionen, Realitäten und Erfolgen nach

Vor 15 Jahren geschah, womit nur die Wenigsten gerechnet hatten: die versteinerten Verhältnisse in der DDR kamen in Bewegung, und unter dem Druck ihrer Bürger auf den Straßen sowie der Bürgerrechtsbewegungen in Mittel- und Osteuropa musste sich die kommunistische Staatsmacht in Ost-Berlin geschlagen geben. Wenige Monate nach der Öffnung der Mauer konnten die Menschen im Osten Deutschland erstmals seit Jahrzehnten in freien Wahlen ihre Abgeordneten für die Volkskammer bestimmen; mit der Einführung der D-Mark Anfang Juli 1990 war das Ende der sozialistischen Planwirtschaft unumkehrbar, und am 3. Oktober hatten die Deutschen erreicht, was sie in ihrer überwältigenden Mehrheit wollten: Das SED Regime war beseitigt, die DDR bereits Geschichte und Deutschland wiedervereinigt.

In der anfänglichen Euphorie über die unerwartete Einheit Deutschlands unterschätzten Bürger und Politiker die Schwierigkeiten, die es in wirtschaftlicher, sozialer und mentaler Hinsicht zu bewältigen galt. Vor allem täuschte man sich im Zeithorizont des angestrebten Aufbauprozesses Ost, der seit Mitte der 1990er Jahre ins Stocken kam. Aus heutiger Sicht kann man Fehler und Versäumnisse benennen, die damals geschahen, doch wer vom Rathaus kommt, ist immer klüger. Die erlungene Freiheit ist inzwischen eine Selbstverständlichkeit geworden, die Massenarbeitslosigkeit in den neuen Ländern jedoch eine tägliche Provokation. Aber ist es wirklich so, wie in den Medien immer häufiger zu hören und zu lesen ist – statt Landschaften blühe die DDR-Nostalgie, schrumpfende Städte bestimmten das Bild statt einer Aufbruchstimmung, ein gefährlicher Substanzverlust der Republik sei durch die gewaltigen Transferleistungen zu befürchten?

Stagnation der Integration

Thomas Gensicke präsentierte eine Reihe von aktuellen empirischen Erhebungen zur Wiedervereinigung. Die Integration hat sich danach auf verschiedenen Ebenen in ganz unter-

schiedlicher Qualität entwickelt. Während das Zusammenwachsen der Bevölkerung in Ost und West bei der Bewältigung alltäglicher Probleme schon wesentlich weiter fortgeschrit-



Joachim Gauck kritisierte die verfälschende Rückbesinnung auf eine DDR, die es nie gab.

ten ist als weithin angenommen, scheint die staatsbürgerliche und mentale Integration eher zu stagnieren. Hier mischen sich (n)ostalgische Tendenzen mit ökonomischer Frustration, so Gensicke. Im Befragungszeitraum von 1990 bis 2004 hat sich bei den Ostdeutschen die Einschätzung der DDR als ein angeblich sozial hoch

entwickeltes Land massiv verstärkt, während die „gefühlten Vorzüge“ im heutigen Deutschland im Abwärtstrend sind. Für Ost wie West gilt außerdem: Die Stereotypen von einst sind auch nach 15 Jahren keineswegs aus den Köpfen verschwunden – der Ossi sei unzufrieden, misstrauisch und faul; der Wessi arrogant, aufs Geld aus und oberflächlich. Trotz der bislang erreichten Fortschritte kann man keineswegs von einer Identifikation der Ostdeutschen mit der Bundesrepublik Deutschland sprechen. Die Ostdeutschen fühlen sich einer Allensbach-Studie aus dem Jahre 2004 zufolge den Westdeutschen in etwa so nahe wie die Deutschen insgesamt den Österreichern.

Joachim Gauck knüpfte an diese Erkenntnisse an und steuerte seine Erklärungen für die bei weitem noch nicht abgeschlossene Integration von Ost und West bei. So bemängelte er das Fehlen einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Wesen der DDR als einer Diktatur. Die Folge sei eine Verklärung und eine nachholende Identifizierung mit der DDR. „Kein DDR-Bürger hätte sich den Schwachsinn der Nostalgieshows zu DDR-Zeiten angetan!“ Diese verfälschende Rückbesinnung auf eine DDR, die es nie gab, erklärte er damit, dass sich die ostdeutsche Bevölkerung in einem Entwicklungsstadium des Übergangs befinde.

Verklärung

Mit Blick auf den Systemwechsel von 1945 im Westen sieht Gauck Parallelen, die zum Verständnis dieser Entwicklung hilfreich sind. Attribute, die in verklärender Weise früher dem Dritten Reich zugeordnet waren, fänden sich in ähnlicher Form bei der Verklä-

nung der DDR wieder: die öffentliche Sicherheit, die Vollbeschäftigung und anstatt der Autobahnen seien es heute die Kindergärten: „Es war ja auch nicht alles schlecht“. Die Menschen, so Gauck, suchen sich in einer Zeit des Umbruchs an überkommenen Gewissheiten zu orientieren, auch wenn diese objektiv falsch sind. Das war nach dem 2. Weltkrieg ähnlich wie nach 1990. Allerdings konnte sich die Neuorientierung der Westdeutschen nach der Nazi-Diktatur auf einen massiven ökonomischen Aufschwung stützen, während in den neuen Ländern heute von wirtschaftlicher Aufbruchstimmung nur wenig zu spüren sei. „Das Land erlebte in den 1950er Jahren etwas, das später unter dem Begriff Wirtschaftswunder bekannt wurde, d.h. in jener gebrochenen Nachkriegsgesellschaft mit all ihren Problemen des Übergangs gab es für jedermann und jede Frau eine Erfolgsgeschichte!“ Diese fehle in den neuen Bundesländern häufig. Zusätzlich gab Gauck zu bedenken, dass das DDR-Regime seine Bürger 40 Jahre beherrschte; zählt man die 12 Jahre Nationalsozialismus und die sowjetische Besatzungszeit von 1945 bis 1949 hinzu, dann haben die Ostdeutschen insgesamt 56 Jahre Diktatur erlebt. Ihre schleppende Integration in das wiedervereinigte Deutschland sei – so Gauck – kein genuin ostdeutsches Problem. Die Anpassung an ein freiheitliches, auf persönlicher Verantwortung basierendes System brauche seine Zeit.

Alte Eliten als Gewinner

Als weiteres Integrationshemmnis identifizierte der Bundestagsabgeordnete und ehemalige Bürgerrechtler und sächsische Staatsminister Arnold Vaatz in seinem Vortrag die Kontinuität der Führungseliten in Ostdeutschland. „Die eigentlichen Gewinner dieser Revolution sind die Führungseliten der DDR gewesen“, konstatierte

Vaatz. Die ehemaligen SED-Kader haben ihre Netzwerke und Führungserfahrung in das vereinte Deutschland mitgenommen. Auf diese Weise sind zahlreiche Personen in verantwortungsvolle Positionen gelangt, die dem westlichen demokratischen System nicht unbedingt wohl gesonnen sind.



Arnold Vaatz: Kontinuität der Führungseliten in Ostdeutschland hemmt die Integration.

Fotos: sch/APB-Archiv-schr

Schließlich habe der Zusammenbruch der DDR ihre eigenen Biographien und Ziele nicht unmaßgeblich entwertet. Das Thema Diktatur und Unterdrückung werde in diesen Kreisen tabuisiert, was sich denkbar negativ auf die Aufarbeitung und damit letztlich auf den Prozess des Zusammenwachsens beider Teile Deutschlands auswirke. Vaatz kritisierte vehement, dass viele ehemalige Genossen die Wiedervereinigung auf geistiger Ebene torpedierten. Beispielsweise habe „keine einzige der ehemaligen SED-Zeitungen einen inneren Wandel durchgemacht“. Von früheren Kadern geführt, verbreiteten sie Phrasen, die die notwendige Integration „in den Köpfen der Menschen zerstört“.

Keine Siegerjustiz

Nach außen hin allerdings lassen ehemalige hohe SED-Funktionäre die Vergangenheit bereitwillig hinter sich. Eindrucksvoll schilderte Oberstaatsanwalt Bernhard Jahntz, wie im Verlauf der Politbüro- und Mauerschützenprozesse die Einsichtsfähigkeit der Angeklagten, insbesondere im gehobenen Führungsbereich, gegen Null tendierte: „Wir wussten von nichts, wir waren im Recht, wir sind Opfer der Siegerjustiz.“ Die verantwortlichen Politbüromitglieder seien noch regierungsfähig gewesen, aber um ihre Prozessfähigkeit stand es häufig nicht so gut, merkte Jahntz ironisch an.



Zeichnung: Mester

Von Siegerjustiz, so Jahntz, könne nicht die Rede sein. Stets wurde sowohl das Recht der DDR als auch das der BRD zur Urteilsfindung herangezogen. Die mildere Variante entschied; und die Todesschüsse an der innerdeutschen Grenze waren auch durch DDR-Recht nicht gedeckt. Nach den Schilderungen des Berliner Oberstaatsanwalts waren die Bedingungen für die Angeklagten sehr gut. Die Strafen fielen, gemessen an der Schwere der Taten, recht milde aus, und die Strafvollzugsbedingungen waren von zahlreichen Hafterleichterungen geprägt.

Fatales Signal

Der Historiker und Theologe Ehrhart Neubert von der Birkler-Behörde in Berlin kritisierte die Haltung der bundesdeutschen Öffentlichkeit gegenüber den Tätern und den Opfern des SED Regimes. Den Opfern gegenüber sei man gleichgültig. Häufig werde ihnen Schwäche, Feigheit und Untüchtigkeit unterstellt. Die Täter kämen dagegen eher gut weg, weil sie sich selbstbewusst gäben. Viele von ihnen seien voll angepasste Mitläufer der Diktatur gewesen, die auch heute keine Probleme mit den neuen Verhältnissen haben. Neubert gab zu bedenken, dass die Mitläufer und Kleinfunktionäre der Diktatur sich zumindest ökonomisch besser integriert hätten als diejenigen, die vor der Wende ein freiheitliches System herbeigesehnt und dafür auch ein hohes persönliches Risiko auf sich genommen hatten. Wenn die Politik die Forderung nach angemessener Wiedergutmachung für die Opfer der Diktatur unbeachtet lasse, sei dies ein fatales Signal für die Zukunft – nämlich: Mitläufertum wird belohnt, Streben nach Gerechtigkeit und Freiheit nicht gewürdigt. Eine demokratische Gesellschaft könne sich das nicht leisten.

Kein „Mezzogiorno“

Der Ökonom Ulrich Heilemann von der Universität Leipzig widmete sich wirtschaftlichen Fragen der Wiedervereinigung. Am Beispiel des ökonomischen Nord-Süd Gefälles in Italien, dem so genannten „Mezzogiorno“,

bewertete er die Entwicklung der neuen Bundesländer in Ostdeutschland. In Italien besteht seit etwa 150 Jahren eine wirtschaftliche Schieflage. Trotz immenser Geldmittel, die seither von Nord nach Süd gelenkt wurden, konn-

furt/M.) Unter Bundeskanzler Kohl habe das größer gewordene Deutschland erfolgreich die anfänglichen Bedenken mancher europäischer Nachbarn gegenüber der Vereinigung zerstreuen können. Das vereinte Deutsch-

„Deutschland ist eine absteigende Macht mit wachsenden Ambitionen.“

Gunther Hellmann

te die schwache Region im Süden Italiens bislang keinen nennenswerten Aufschwung verzeichnen. Doch trotz zahlreicher Parallelen könne Ostdeutschland nicht mit dem Mezzogiorno verglichen werden. Dazu seien die Rahmenbedingungen in Italien und



Ulrich Heilemann: „Unter Wirtschaftsexperten gibt es keine Übereinstimmung über ein tragfähiges Konzept zur Lösung der ökonomischen Schwierigkeiten in Ostdeutschland.“

in Deutschland zu unterschiedlich. Doch Heilemann fügte hinzu, dass es selbst unter Wirtschaftsexperten derzeit keine Übereinstimmung über ein tragfähiges Konzept zur Lösung der ökonomischen Schwierigkeiten in Ostdeutschland gebe.

Über die Wege der deutschen Außenpolitik seit der Wiedervereinigung referierte der Politikwissenschaftler Gunther Hellmann (Universität Frank-

land entwickelte sich nicht zu einem möglicherweise destabilisierenden Akteur in Europa, sondern verstand sich wie die „alte Bundesrepublik“ als integrierender Bestandteil der Europäischen Union und des atlantischen Bündnisses. Die „Einheit in Frieden und Freiheit“ sei als großer Erfolg der deutschen Außenpolitik zu werten, deren wichtigste Prinzipien die Berechenbarkeit und die Kontinuität gewesen seien.

Wesentlich kritischer beurteilte Hellmann die Außenpolitik der gegenwärtigen Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder. Hier stellte er einen deutlichen Abwärtstrend fest, was die eingesetzten Haushaltsmittel angeht, und ein wachsendes Selbstbewusstsein im eigenen Rollenverständnis. Während sich die Ausgaben des Bundeshaushaltes für Angelegenheiten des Äußeren zu Gunsten der Innenpolitik verringert haben, so Hellmanns Fazit, verstärke die Bundesrepublik ihre Aktivitäten und Forderungen auf der internationalen Bühne. Deutschland sei „eine absteigende Macht mit wachsenden Ambitionen“, konstatierte Hellmann.

Ein weltweites militärisches Engagement oder die Forderung nach einem permanenten Sitz im UN- Sicherheitsrat stünden weder in der Tradition der Bonner Republik, noch deckten sie sich mit den sinkenden Aufwendungen für Angelegenheiten der internationalen Politik. ■

Markus Schad

Das neue Europa ist mit vielen Problemen beladen

Internationaler Erfahrungsaustausch ein Jahr nach der Erweiterung

Haben sich die Erwartungen bzw. Befürchtungen bezüglich der Osterweiterung der EU bestätigt? Wie wird die EU-25 in den neuen Mitgliedsländern wahrgenommen? Entstehen neue Formen der Zusammenarbeit? Diese und daran anknüpfende Fragen standen im Zentrum einer international ausgerichteten Fachtagung, die die Akademie gemeinsam mit einer ganzen Reihe von Kooperationspartnern durchführen konnte. Tagungsleiter Peter Hampe wies einleitend auf die in diesem Themenfeld schon traditionelle Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing und der Südosteuropa-Gesellschaft hin, die bei diesem Tagungsprojekt noch um die Vertretung der EU-Kommission in München, die Vereinigung Europäischer Journalisten und die Deutsche Welle erweitert werden konnte. Dies ermöglichte eine beachtliche Bandbreite der Themen, für die Referenten aus dem In- und Ausland gewonnen werden konnten. *

In seiner Einführung unterstrich Franz-Lothar Altmann (Südosteuropa-Gesellschaft), dass die letzte Erweiterungsrunde nicht allein aufgrund ihrer Dimension (10 Länder mit ca. 75 Millionen Einwohnern), sondern auch wegen der großen Einkommensdifferenzen problembeladen ist. Die EU ist nur unzureichend auf die Osterweiterung vorbereitet. Im Falle eines Scheiterns der EU-Verfassung droht den EU-Institutionen und Entscheidungsmechanismen durch die wachsende Zahl von Ländern eine Paralysisierung. Im Fokus der öffentlichen Diskussion stehen aber die Ängste vor einer finanziellen Überforderung und die Folgen für den Arbeitsmarkt. Den Wachstums- und Wohlfahrtseffekten der Osterweiterung müssen nämlich die finanziellen Belastungen gegenüber gestellt werden. Hier zeigen zumindest die einschlägigen Berechnungen, dass die europäischen Kernländer in einer Kosten-Nutzen-Betrachtung durchaus profitieren. Die beachtlichen Wachstumsraten im Handel und die deutlichen Exportüberschüsse sind dafür ein Indiz. Hinzu kommt, dass sich bis 2006 die finanziellen Belastungen der Erweiterung in Grenzen halten. Weitaus problematischer sind die Haushaltsverhandlungen



Bilanz nach einem Jahr EU-Erweiterung: von links Otmar Lahodynsky (Profil/Wien), Bernd Johann (Deutsche Welle), Johanna Deimel und Franz-Lothar Altmann (Südosteuropa-Gesellschaft), dazwischen Martin Held (Evangelische Akademie), Juraj Alner (Vereinigung Europäische Journalisten) und Peter Hampe (Akademie für Politische Bildung).

gen der neuen Finanzperiode 2007-2013. Die allgemein kritische Lage ihrer Staatshaushalte zwingt die Nettozahlerländer (vor allem Deutschland) zu einem restriktiven Vorgehen. Es ist kaum zu erwarten, dass sie von ihrer Verhandlungsposition (Begrenzung der EU-Zahlungen auf 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens; dagegen Vorschlag der EU-Kommission: 1,14

Prozent) abweichen werden, zumal die meisten von ihnen mit den Vorgaben des Stabilitätspaktes zu kämpfen haben. Andererseits wollen die alten Empfängerländer (Spanien, Portugal, Griechenland) ihre EU-Subventionen nicht an die neuen Mitgliedsländer (NML) abgeben, wogegen letztere möglichst rasch gleichbehandelt werden wollen. Hinzu kommt der „Britenrabatt“ als ständiger Konfliktpunkt. Angesichts dieser komplizierten und konfliktträchtigen Lage ist fraglich, ob die Probleme in der jetzigen Präsidentschaft Luxemburgs (bis Juni 2005) gelöst werden können.

Wirkungen auf den Arbeitsmarkt

Weitere sensible Bereiche, die insbesondere in der letzten Zeit die Öffentlichkeit beschäftigen, sind die Auswirkungen der Osterweiterung auf den Arbeitsmarkt. Die Tagung hat diese Fragen in drei Panels (ausländische Direktinvestitionen, Migration, Standortwettbewerb) behandelt. Zunächst stellte Dalia Marin von der Universität München ihre Forschungsergebnisse über die Produktionsverlagerung

**Dieser Bericht ist die gekürzte Fassung des Aufsatzes von Dr. Wolfgang Quaisser, der demnächst in den „Südosteuropa Mitteilungen“ Heft 3/2005 erscheint. Wir bedanken uns für die freundliche Druckgenehmigung der Südosteuropa-Gesellschaft.*

deutscher und österreichischer Unternehmen vor. Sie konzentrierte sich dabei auf das sog. Offshoring, d.h. die Verlagerung von Teilen der Produktion in ausländische Tochterfirmen des Hauptunternehmens. Basierend auf einer bemerkenswert umfangreichen Unternehmensbefragung (ca. 80 Prozent der deutschen und 100 Prozent der österreichischen Direktinvestitionen)



Dalia Marin: von 1990 bis 2001 von Deutschland rund 90 000 Arbeitsplätze nach Osteuropa verlagert

kommt sie zu dem überraschenden Ergebnis, dass von 1990 bis 2001 von Deutschland nur ca. 90 000 Arbeitsplätze (Österreich nur 22 000) nach Osteuropa verlagert wurden. Diese Zahl ist allerdings unter Berücksichtigung anderer Forschungsergebnisse als die untere Marge anzusehen. Volker Vincentz vom Osteuropa-Institut München errechnete z.B. für Deutschland eine Obergrenze von ca. 400 000 aus Kostengründen in Osteuropa geschaffenen Arbeitsplätzen. In jedem Fall reichen die Produktionsverlagerungen deutscher Unternehmen ins Ausland nicht dazu aus, um die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland angemessen zu erklären.

Lohndruck nimmt zu

In seinem Koreferat zeigte Marec Stefens, der viele Jahre in führender Position in ausländischen Tochterfirmen des Siemenskonzerns tätig war, dass nicht alleine die Lohnkosten, sondern die Qualität von Personal und erzeugten Gütern sowie andere Standortfak-

toren (expandierender Markt, Verkehrsinfrastruktur) über Verlagerungen entscheiden. So belegt beispielsweise Kanada Platz 8 einer internationalen Bewertung der Offshoring-Standorte. Stimmen diese Rahmenbedingungen nicht, werden Verlagerungen trotz hoher Kosten wieder rückgängig gemacht. Erfolgsbeispiele des Konzerns in den MOE-Ländern waren das Buchhaltungszentrum in Prag, die Siemens VDO Autoradiofertigung in Tschechien und das Forschungs- und Entwicklungszentrum (Bereich Communication) in Breslau (Polen). Vielfach sichert Offshoring auch in Deutschland hoch qualifizierte Arbeitsplätze, dabei nimmt allerdings der Lohndruck auf die inländischen Beschäftigten zu.

Wesentliches Element des sich verschärfenden Standortwettbewerbs und von höchster Aktualität in der öffentlichen Diskussion ist die Frage der Unternehmensbesteuerung. Der bayerische Finanzminister Kurt Faltlhauser führte in diese komplizierte Problematik ein, wobei schon recht bald deutlich wurde, dass zwei Seelen in seiner Brust wohnen. Als Finanzpolitiker muss er auf ausreichende Einnahmen für den Staatshaushalt achten und bestimmte Mindeststeuersätze (oder zumindest Regeln) einfordern. Als Ökonomieprofessor kommt bei ihm indes mehrfach Sympathie für den „institutionellen Wettbewerb“ (einschließlich Steuer) vorsichtig zum Ausdruck, die sich insbesondere in seiner Bewunderung für das irische Modell niederschlug (siehe Auszüge aus seiner Rede ab Seite 9).

Arbeitsmigration nach Deutschland

Wie stark der Migrationsdruck auf den deutschen Arbeitsmarkt bei völliger Freizügigkeit zunehmen wird, darüber wurde in der Vergangenheit heftig gestritten. Albert Stichter-Werner vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung in Nürnberg fasste die Forschungsergebnisse zusammen, wobei er die Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung für die überzeugendsten hielt (jährlich über 20 Jahre 180 000 bis 220 000 Migranten nach Deutschland). Eine tatsächliche empirische Überprüfung

der Schätzergebnisse ist aufgrund der Zuwanderungsrestriktionen noch nicht möglich. So oder so wird jedenfalls der Druck auf die Löhne und/oder Beschäftigungslage in den nächsten Jahren bestehen bleiben und zusammen mit anderen Faktoren (Stichwort: Demographie) weitere Reformen des Arbeitsmarktes sowie der Sozialsysteme einfordern. In ihrem Koreferat wies Stanislaw Golinowska aus Warschau darauf hin, dass die Arbeitsmarktlage auch in einigen NML sehr angespannt ist. Besonders Polen hat trotz Wirtschaftswachstum mit einer hohen Arbeitslosigkeit zu kämpfen (ca. 14 Prozent). Hierfür sind sowohl der rasche Strukturwandel, die mit dem Beschäftigungsabbau verbundenen Produktivitätssteigerungen und die strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes (nicht-adäquate Qualifikationsprofile, hohe Lohnnebenkosten) verantwortlich.

Sicherheit gegen Humanität

Dass der Migrationsdruck selbst an den EU-Außengrenzen nur schwer zu kontrollieren ist, machte in seinem Vortrag Robert Schwarz von der Deutschen Welle deutlich. Dies wird bestätigt durch die aktuellen Ereignisse (Stichwort Visa-Praxis). Schwarz konstatierte schwer abzuwägende Konflikte zwischen Humanität und EU-Sicherheit, die allerdings seiner Ansicht nach stärker zugunsten der Humanität entschieden werden sollten. Hinzu kommt die Problematik, dass mit den neuen EU-Außengrenzen traditionelle Verbindungen (beispielsweise Westukraine und Ostpolen) behindert werden. Seine Einschätzungen sind auch von persönlichen Erlebnissen in Rumänien geprägt, die ihn auch zu der Schlussfolgerung veranlassten, dass die kriminellen Kreise ohnehin die EU-Grenze mühelos überwinden würden. Dagegen seien die Opfer eines restriktiven Grenzregimes meist die einfachen Leute, denen eine persönliche Erfahrung in Westeuropa nur zu wünschen sei. Zumindest in Teilen der Zuhörerschaft konnte Schwarz die Skepsis gegenüber seinen Vorstellungen eines liberalen Grenzregimes allerdings nicht abbauen.

Wie unterschiedlich sich die EU-Erweiterung auf die einzelnen Regionen sowie die Grenzgebiete auswirkt, wurde am Beispiel Polens und Ungarns diskutiert. Große Hoffnungen werden dabei auf die EU-Regional- und Strukturfonds gesetzt, über die der größte Finanztransfer in die neuen Mitgliedsländer (zwischen 3 und 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der NML) abgewickelt wird. Dabei erweist sich vor allem der Verwaltungs- und Institutionenaufbau für die Herstellung einer entsprechenden Absorptionsfähigkeit der EU-Fonds als entscheidend. Hier sind die einzelnen Länder unterschiedlich weit vorangekommen.

In einem weiteren Panel wurden die Möglichkeiten grenzüberschreitender Zusammenarbeit anhand der seit 1990 bestehenden Städtepartnerschaft zwischen Furth im Wald und Domaslice (Tschechien) vorgestellt. Bürgermeister Reinhold Macho berichtete von vielfältigen Kooperationsformen (Feuerwehr, gemeinsame Musikveranstaltungen etc.), die jedoch durch nicht einfach zu behebende Schwachstellen wie die Sprachbarrieren behindert werden.

Die politische Dimension der Erweiterungen war Thema verschiedener Diskussionsrunden mit Journalisten aus den neuen und alten Mitgliedsländern, wobei es dabei insbesondere um die Rolle der Medien und das europäische Bewusstsein ging. Eine allumfassende Antwort ist nicht möglich, denn diese Probleme stellen sich in den einzelnen Ländern, aber auch im Zeitablauf sehr unterschiedlich dar. Deutlich wurde jedoch, dass auch in den neuen

Mitgliedsländern teilweise ähnliche Ängste vor Arbeitsplatzverlust und Überfremdung herrschen wie in den alten Mitgliedsländern und dass sich



Reinhold Bocklet: „Die Frage der Finalität der EU ist nur politisch zu beantworten.“

Fotos: Delhaes/Archiv

die Bürger vor allem über ihre Region bzw. Nation definieren. Die Medien berichten umfassend über Europa, doch dringt die Thematik – und dies ist auch eine Parallele zu den alten Mitgliedsländern – nur langsam ins öffentliche Bewusstsein. Die ohnehin „trockenen“ EU-Themen werden vielfach auch noch langweilig präsentiert. Ein echtes öffentliches Interesse ist nur bei aktuellen „Aufhängern“ möglich.

Alte und neue Mitgliedsländer vereint die eher indifferente, teilweise uninteressierte Haltung zur EU-Verfassung, die nur in einigen Ländern zu kontroversen Diskussionen geführt hat. Allerdings ist eine Trendwende der öffentlichen Meinung dann festzustellen, wenn mit Europa greifbare Vorteile verbunden sind. Bestes Beispiel

ist die polnische Bauernschaft, die teilweise angeführt von populistisch-nationalistischen Parteien zu den stärksten Gegnern des EU-Beitritts Polens gehörte. Angesichts der anlaufenden EU-Zahlungen hat sich das Meinungsbild indes auf dem Lande gedreht. In Polen ist deshalb die Zustimmung zur EU gestiegen und man erwartet dort – ähnlich wie in Slowenien und Ungarn – ein Ja zur Verfassung.

Neue Strukturen für neue Aufgaben

Die „europäische Vereinigung von oben“ befindet sich mit den Abstimmungen zur EU-Verfassung in einer schwierigen Phase. In diesem Zusammenhang skizzierte Bayerns ehemaliger Minister für Europa- und Bundesangelegenheiten Reinhold Bocklet die Geschichte des europäischen Einigungsprozesses. Er stellte dabei auch die Frage, ob die Verfassungsdiskussion das europäische Bewusstsein gestärkt habe. Das Ergebnis fällt eher nüchtern aus, da die Bürger zwar wichtige Errungenschaften der europäischen Einigung als gegebene Selbstverständlichkeiten hinnähmen, doch bestimmten die bestehenden Defizite und Probleme weitaus stärker das europäische Bewusstsein. Bocklets zentrale These ist dabei, dass die Methode des durch die Wirtschaftsintegration angestoßenen europäischen Einigungsprozesses (Motto: der Weg ist das Ziel) langsam an sein Ende gelangt sei. Die Frage der Finalität der EU sei nur politisch zu beantworten und hier vor scheuten wichtige Mitgliedsstaaten zurück. Diese Unbestimmtheiten führten auch dazu, dass die Union sich in immer neue Erweiterungen stürze, ohne ausreichend die Konsequenzen zu diskutieren. Trotz beachtlicher Defizite sei der Verfassungsvertrag jedoch als ein wichtiger Zwischenschritt zu beurteilen. Sollte er in einem der Mitgliedsstaaten scheitern, dann werde die Union zwar nicht zerbrechen. Dennoch sei eine tiefe Krise nicht auszuschließen. Europa benötige jedenfalls neue Strukturen, um die anstehenden Aufgaben bewältigen zu können.

■ Wolfgang Quaisser
(Osteuropa-Institut, München)



„Presseclub“ mit Journalisten aus fünf Ländern: von links Gerd Brunner (Passauer Neue Presse), Zuzana Kleknerová (Hospodárské Noviny Prag), Bartosz Dudek (Deutsche Welle/Polnische Redaktion, Bonn), Martin Held (Tagungsleiter Evangelische Akademie Tutzing), Boris Bergant (Slowenischer Rundfunk/RTV Ljubljana), Lajos Pietsch (Ungarische Nachrichtentagentur/MIT Budapest).

Steuerdumping in der erweiterten EU?

Die direkte Besteuerung zwischen Harmonisierung und Steuerwettbewerb

von Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser*

Die drastische Senkung der Unternehmenssteuersätze durch viele der neuen EU-Mitgliedsstaaten im Vorfeld ihres Beitritts am 1. Mai 2004 hat im vergangenen Jahr eine lebhafte Steuerdumping-Diskussion in Gang gesetzt. Nach Berechnungen des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) lag die effektive Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften in Deutschland im vergangenen Jahr bei rund 36 Prozent. Demgegenüber belief sie sich im Durchschnitt aller zehn Beitrittsstaaten auf weniger als 20 Prozent. Jüngste Berechnungen kommen zu dem Ergebnis, dass deutsche Unternehmen fast dreimal so hohe Steuern wie litauische Unternehmen und doppelt so hohe Steuern wie polnische oder ungarische Unternehmen zahlen. Derartige Steuerbelastungsunterschiede innerhalb der EU erhöhen den Druck zur Senkung der Unternehmenssteuersätze.

Momentan ist ein Ende des internationalen Steuersenkungswettlaufs nicht absehbar. Vor allem das geltende Einstimmigkeitsprinzip im Steuerbereich auf europäischer Ebene ist ein Garant dafür, dass bei der Unternehmensbesteuerung auch weiterhin ein lebhafter Wettbewerb herrscht. Die Steuersätze haben Signalwirkung im internationalen Standortwettbewerb. Hohe nominale Steuersätze sind grundsätzlich auch ein Beleg für eine hohe effektive Steuerbelastung.

Die zentrale Frage ist: Kann ein solcher ungezügelter Steuerwettbewerb auf Dauer wirklich zum Zusammenwachsen Europas und zur Schaffung einer tragfähigen finanziellen Grundlage in der EU beitragen? Sicherlich ist Steuerwettbewerb unter den EU-Mitgliedsstaaten zunächst einmal positiv zu bewerten. Er entfaltet steuer-

senkende Wirkung und verstärkt den Druck zu notwendigen Strukturreformen. Steuerwettbewerb innerhalb der EU kann damit zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des gesamten europäischen Wirtschaftsraums beitragen.

Trotz dieser zweifellos positiven Wirkungen kann ein grenzenloser Steuerwettbewerb auch erhebliche negative Folgen auslösen. Staaten können nicht mit privatwirtschaftlichen Unterneh-



Finanzminister Kurt Faltlhauser: „Einen Steuerwettbewerb auf Kosten solider Staatsfinanzen kann sich Europa nicht leisten.“

men gleichgesetzt werden. Sie haben eine Vielzahl von sozialen Aufgaben zu erfüllen, die nicht durch Outsourcing oder Budgetkürzungen bewältigt werden können und die eine dauerhafte und sichere Finanzierung erfordern. Der Steuerwettbewerb zwischen den Staaten braucht ein Minimum an Rahmenvorgaben, ansonsten kann er zu Steuerdumping führen.

Wettbewerb unter fairen Bedingungen

Das Thema schädlicher Steuerwettbewerb steht nicht erst seit dem EU-Beitritt von zehn neuen Staaten am 1. Mai 2004 auf der Tagesordnung. Die Dis-

kussion wird schon seit den 1980er Jahren mit unterschiedlicher Intensität geführt.

Am 1. Dezember 1997 hat der Rat der Europäischen Union einen Verhaltenskodex für die Unternehmensbesteuerung beschlossen, der Teil eines Maßnahmenpakets zur Bekämpfung des unfairen Steuerwettbewerbs in der EU war. Danach verpflichteten sich die Mitgliedsstaaten, keine neuen schädlichen steuerlichen Maßnahmen zu treffen und geltende schädliche Vorschriften und Praktiken aufzuheben. Es standen dabei aber nicht die allgemeinen Unternehmenssteuersätze auf dem Prüfstand, sondern privilegierende Einzelvorschriften und Praktiken. Der Verhaltenskodex ist weiterhin aktuell.

Grundvoraussetzung für eine positive Wirkung des Steuerwettbewerbs ist es, dass er unter fairen Bedingungen stattfindet. Derzeit gibt es aber einige Faktoren, die den Steuerwettbewerb verzerren. Steuerwettbewerbsverzerrende Wirkung kann zum einen die EU-Regionalförderung für die Beitrittsstaaten entfalten, die mit dem Beitritt sprunghaft angestiegen ist. Hohe EU-Fördermittel entlasten die nationalen Haushalte insbesondere der neuen Mitgliedsstaaten und vergrößern damit den Spielraum für steuersenkende Maßnahmen. Für die nächste Finanzperiode der EU sind sogar 336 Mrd. Euro für die Infrastruktur- und Investitionsförderung geplant, von denen die Hälfte in die Beitrittsländer gehen soll.

Deutschland finanziert als mit Abstand größter Nettozahler die EU-Investitionsförderung zugunsten der Beitrittsstaaten mit. Dieser Effekt kann zu erheblichen Verwerfungen führen, vor allem in Grenzregionen zwischen Beitrittsstaaten und alten EU-Mitgliedsstaaten. Hier ist das Steuergefälle ohnehin erheblich. Letztlich droht, dass mit deutschen Steuergeldern die

*gekürzte Fassung

Verlagerung deutscher Arbeitsplätze in die Beitrittsstaaten mitfinanziert wird. Zwar sind auch die neuen EU-Mitgliedsstaaten verpflichtet, mittelfristig einen nahezu ausgeglichenen Haushalt zu erzielen und übermäßige Defizite zu vermeiden. Die Pflicht zur Vermeidung übermäßiger Defizite ist aber für die Staaten, für die der Euro nicht als Währung gilt, nicht sanktionsbewehrt. Die Mehrzahl der neuen Mitgliedsstaaten weist – zum Teil deutlich – übermäßige Haushaltsdefizite auf. Das durchschnittliche Budgetdefizit dieser Staaten erreichte 2003 5,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Einen Steuerwettbewerb auf Kosten solider Staatsfinanzen kann sich Europa nicht leisten. Eine Steuerpolitik, die zur Erosion der Steuerbasis im betreffenden Staat oder sogar in anderen Mitgliedsstaaten führt und auf Kosten wachsender Staatsverschuldung und Haushaltsdefizite geht, ist mit dem Auftrag der Mitgliedsstaaten unvereinbar, die Ko-

ordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamen Interesse zu betrachten.

Lösungsansätze

Mögliche Ansatzpunkte zur Sicherstellung eines fairen Steuerwettbewerbs könnten sein:

- Reform des Verhaltenskodex für die Unternehmensbesteuerung.
- Stärkere Harmonisierung auch im Bereich der direkten Steuern.
- Es gibt bereits erste sinnvolle Ansätze wie die Bestrebungen, eine einheitliche Körperschaftssteuergrundlage zu schaffen.
- Reform der EU-Strukturpolitik.
- Eine Strukturpolitik, die dazu beiträgt, dass EU-Subventionen die Senkung der Steuersätze erleichtern, und die damit den Steuerwettbewerb an-

heizt, ist reformbedürftig. Nötig wäre daher eine Erhöhung der Beteiligungsquote der Mitgliedsstaaten an EU-Fördermaßnahmen.

- Verbesserung der Haushaltsdisziplin
- Im Sinne eines fairen Steuerwettbewerbs ist darauf zu dringen, dass auch die Beitrittsstaaten übermäßige Defizite vermeiden.

Fazit

Die aktuellen Rahmenbedingungen bergen die Gefahr eines unfairen Steuerwettbewerbs in sich. Deutschland kann sicherlich nicht im Wettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuersätze mitmachen. Es bleibt abzuwarten, ob die Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Linie im Kampf gegen Steuerdumping finden werden. ■



Zeichnung: Mester

Ein Blick über die Grenzen

Außerschulische Förderung von Migranten in Frankreich und den Niederlanden

„Migration und Schulerfolg – Konsequenzen aus der Pisa-Studie“, zu diesem Thema versammelten sich bayerische Lehrerinnen und Lehrer in Tutzing. Gerade für Migrantenkinder offenbaren die deutschen Schulen ja im internationalen Vergleich besonders deutliche Defizite. Wie hier Abhilfe zu schaffen ist, war Gegenstand lebhafter Diskussionen. Um den Prozess der Integration von Migranten zu verstehen und die Chancen abzuschätzen, ihn politisch erfolgreich zu beeinflussen, muss aber der Blick auf Schulen und Kinder erweitert werden durch den Blick auf Gesellschaft und Familien. Diese Perspektive brachte Ines Michalowski von der Universität Osnabrück ein. Ihren Beitrag über die Integrationsprogramme für Neuzuwanderer in Frankreich, Holland und Deutschland präsentieren wir hier in einer Zusammenfassung.

Lange Zeit gab es in Deutschland und auch in den europäischen Nachbarländern Frankreich und den Niederlanden für Zuwanderer keinerlei verpflichtende Integrationsmaßnahmen, wie sie mit der allgemeinen Schulpflicht für Kinder und Jugendliche in allen drei Ländern seit langer Zeit besteht. Damit blieb es nicht schulpflichtigen Zuwanderern selbst überlassen, „ihre Integration in die Hände zu nehmen“ und sich um einen Arbeitsplatz oder die Teilnahme an einem Sprachkurs zu bemühen. Seit Ende der 1990er Jahre sind jedoch mehrere europäische Länder zu der Ansicht gekommen, dass die bisherige „ungesteuerte Integration“ zu Integrationsproblemen gerade unter früheren Einwanderergenerationen geführt habe. Obwohl solch eine Wahrnehmung einer Integrationskrise nicht immer auf Fakten beruht und die Integration von Ausländern beispielsweise in Deutschland in den letzten 30 bis 40 Jahren deutliche Fortschritte gemacht hat, hat diese Diskussion über ein vermeintliches Scheitern der Integration – die gerade auch in Frankreich und den Niederlanden entbrannte – zu einem Umdenken geführt.

Die ersten Monate und Jahre nach der Einreise, die Periode des „Sich-Einlebens“, wurde in allen Ländern als ent-

scheidender Moment für den weiteren Integrationsverlauf ausgemacht. Hier sollte eine staatliche Integrationspolitik in Form von obligatorischen Integrationsprogrammen ansetzen.

Ähnliche Programme

Die Integrationsprogramme, die es in Finnland, Dänemark, den Niederlanden, im flämischen Teil Belgiens, in Frankreich, Österreich und mit dem Zuwanderungsgesetz auch in Deutschland gibt, weisen auf den ersten Blick eine gewisse Ähnlichkeit auf. Sie verfügen über eine Hauptkomponente „Sprachunterricht“ (meist zwischen 200 und 600 Stunden), einen Gesellschaftskundekurs (ca. 30 Stunden), in einigen Fällen über eine Hinleitung zum Arbeitsmarkt, die individuelle Begleitung durch einen „Case-Manager“ oder Integrationslotsen, sowie einen individuell festgelegten Integrationsplan, der Vertragscharakter annehmen und somit rechtlich bindend sein kann. Die Programme sind jedoch gerade hinsichtlich des Umfangs sehr heterogen, was auch mit dem jeweiligen Grad an Verpflichtung zusammenhängt: So hatte Frankreich im Jahr 1998 die „Plate-Forme d'Accueil“ geschaffen, die lediglich aus einer eintägigen Informationsveranstaltung und einem weiterführenden, freiwilligen

Sprachkursangebot bestand. In den Niederlanden hingegen gibt es seit 1998 das „Wet Inburgering Nieuwkomers“, das Gesetz zur Erstintegration von Neuzuwanderern, das ein obligatorisches Programm mit einer Laufzeit von bis zu anderthalb Jahren vorsieht. Die bei Teilnahmeverweigerung anzuwendenden Sanktionen fallen unterschiedlich aus. Zwar sind häufig finanzielle Sanktionen wie die Kürzung von Sozial- bzw. Arbeitslosenhilfe oder die Zahlung eines Bußgeldes vorgesehen. Im Jahr 2003 haben die Mitgliedsstaaten allerdings im Europäischen Rat entschieden in zwei Richtlinien die Möglichkeit zu schaffen, die Vergabe eines dauerhaften Aufenthaltstitels von der Teilnahme an Integrationsmaßnahmen bzw. der Erfüllung bestimmter Integrationsforderungen abhängig zu machen.

Fehlschläge

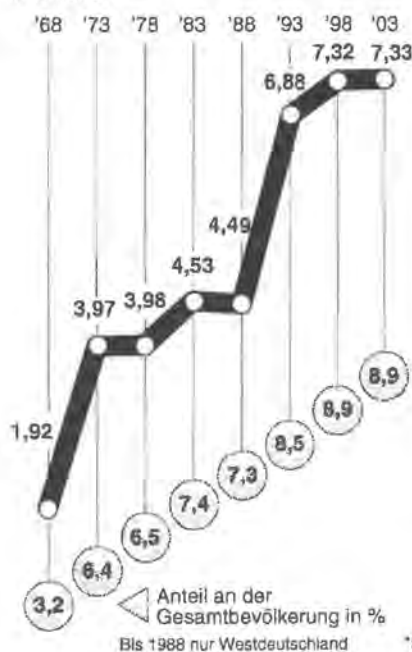
Erste Auswertungen in den Niederlanden und Frankreich haben jedoch nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht. Das angestrebte Sprachniveau wurde nur von einer Minderheit der Teilnehmer erreicht (Niederlande), die Teilnehmerzahl entsprach nicht den Erwartungen (Frankreich). Daneben gelten auch die Abbrecherzahlen und Ausfallzeiten als zu hoch. Um die Diskrepanzen zwischen angestrebten Lern- und Integrationszielen und tatsächlich erreichten Ergebnissen zu erklären, ist ein Blick auf die expliziten Lern- und Integrationsziele sowie die eingesetzten Mittel entscheidend. Darüber hinaus ist zu bedenken, wie das Erreichen oder Nicht-Erreichen der Ziele evaluiert und welche Schlüsse daraus gezogen werden können. Oberstes Ziel der Programme ist es, dass der Neuzuwanderer ein selbstständiges und von staatlichen Transferleistungen unabhängiges Leben führen kann. Somit wurden die Programme ursprünglich aus folgenden Gründen geschaffen:

1) Eine bessere Kenntnis der Neuzuwanderer – Wer wandert ein? Über welche beruflichen Qualifikationen und sonstigen Integrationskapazitäten verfügt der Neuzuwanderer? Wie sieht sein individueller Integrationsverlauf aus?

2) Eine bessere Verwaltung und Kontrolle von Ressourcen in einer Zeit knapper Kassen – Wie viel Geld wird insgesamt investiert? Wie viele Personen profitieren von der Maßnahme? Welche Fortschritte werden mit der finanzierten Maßnahme erreicht? Wie stehen Input und Output zueinander?

Ausländer unter uns

Ausländische Bevölkerung in Deutschland in Millionen



Zahl der Ausländer Ende 2003 in 1 000 (die 22 am stärksten vertretenen Nationalitäten)



Quelle: Stat. Bundesamt

Grafik: Globus

3) Die Vermeidung zusätzlicher „Kosten der Nicht-Integration“ – Indem anfangs in die Selbstständigkeit von Neuzuwanderern investiert wird, hofft man einem normalen Investitionskalkül folgend eine spätere Abhängigkeit von staatlichen Transferkosten zu vermeiden.

Besonders der dritte Punkt wird durch die bildungspolitischen Lern- und Integrationsziele der Programme aufgegriffen. Gemessen wird der individuelle Integrationsfortschritt des Migranten wie auch der damit einhergehende Erfolg des gesamten Programms an-

genug sind, um davon weitgehend monokausal die Entscheidung über den Aufenthalt eines Ausländers abhängig zu machen.

Messbarkeit fraglich

An Beurteilungen wie diese schließt auch eine weitergehende Kritik an, die die Messbarkeit individueller Integration konzeptionell grundsätzlich in Frage stellt. Dabei zeigt sich eine wichtige Diskrepanz im Integrationsverständnis der Politik auf der einen und der Wissenschaft auf der anderen

Seite. Will man politischen Bestrebungen nach der Messung des individuellen Integrationsniveaus eines Migranten zu einem bestimmten Zeitpunkt nachkommen, so ist eine normative Entscheidung über die fiktive Vergleichsgröße (nämlich hundertprozentige Integration) unumgänglich. Das heißt, es müsste subjektiv festgelegt werden, was z.B. Lokalpolitiker für ihren städtischen Kontext unter „hundertprozentiger Integration“ verstehen. An solch einer fiktiven Größe würde dann ein individueller Integrationsstand gemessen. Im wissenschaftlichen Umgang mit Integration hingegen wird lediglich mit relativen (auf einander bezogene), aber nicht mit „absoluten“ Werten gearbeitet. So wird beispielsweise festgestellt, ob sich die Integrationssituation innerhalb einer Einwandererfamilie über zwei oder sogar drei Generationen verbessert hat. Auch Einwanderergruppen untereinander oder eine ethnische Gruppe sind in Bezug auf ihre Arbeitsmarktintegration in verschiedenen Ländern Gegenstand von komparativen Studien.

Für Integrationsprogramme bedeutet dies, dass zum einen die tatsächliche Machbarkeit in Bezug auf solch eine „Verwaltung“ des Integrationsprozesses als individuellem Lern-, aber auch

Entwicklungsprozess überschätzt wird. Dies kann mit unvorhergesehenen organisatorischen und finanziellen Hürden zusammenhängen und ist zu einem Teil auch der Unbestimmtheit des Integrationsbegriffs geschuldet. Gerade mit Blick auf die Ergebnisse wissenschaftlicher Studien ist jedoch zu unterstreichen, dass Integration ein langer, sich häufig über mehrere Generationen erstreckender Prozess ist, der durch ein einjähriges Integrationsprogramm angestoßen, nicht aber tatsächlich gesteuert werden kann. ■

Karl-Heinz Willenborg

Entwicklungsland mit Atomprogramm

Indien – Land der Gegensätze zwischen Tradition und Aufbruch

Indien ist nicht nur eines der größten und bevölkerungsreichsten Länder der Erde, sondern kann aufgrund des großen zwei- oder sogar dreisprachigen (English, Hindi, lokale Sprachen) Bevölkerungsanteils auch zu den größten englischsprachigen Ländern gezählt werden. So differenziert die koloniale Vergangenheit des Subkontinents betrachtet werden muss, zeigt sich jedoch, dass die englischsprachige Tradition und das entsprechend ausgerichtete Schul- und Verwaltungswesen Indien einen wirtschaftlichen Vorteil gegenüber der asiatischen Konkurrenz, insbesondere China, verschafft. In der Tat begrüßt die internationale Wirtschaftswelt, dass Investoren in Indien nicht nur auf gut ausgebildete, sondern durchwegs auch englischsprachige Mitarbeiter treffen.

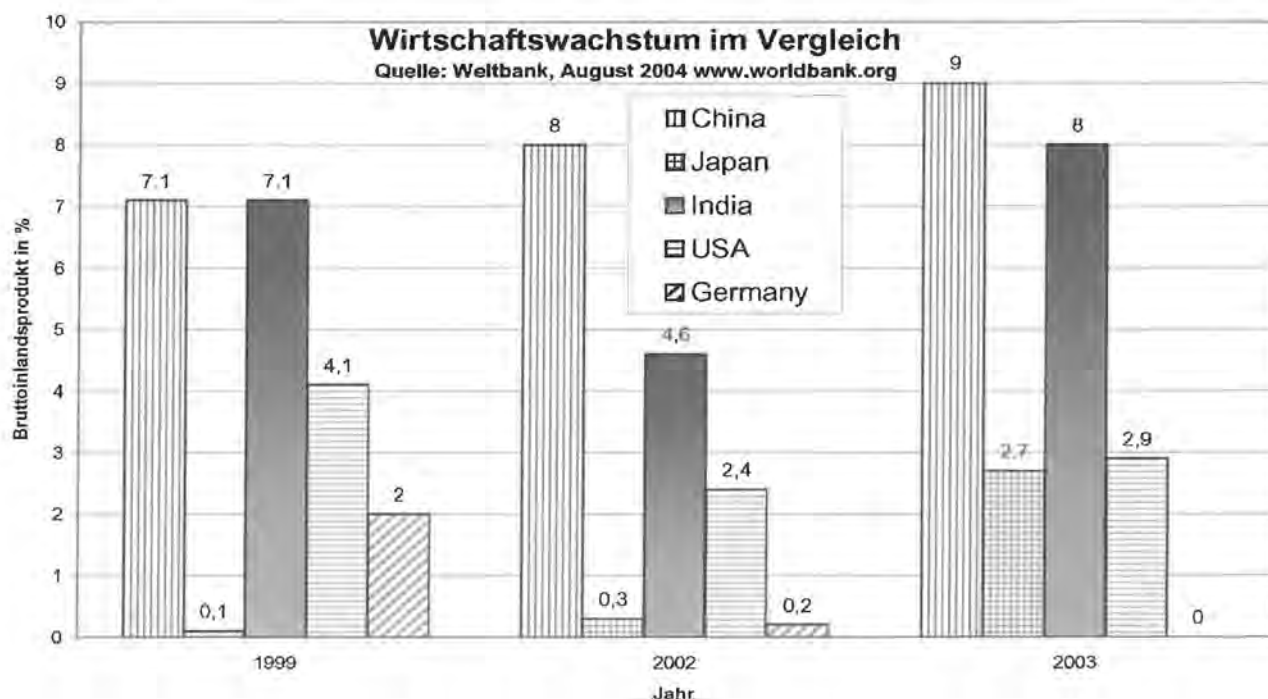
Die älteste Demokratie Asiens wird seit Mai 2004 von einer durch die Kongresspartei geleiteten Koalition unter Premierminister Manmohan Singh regiert. Indien ist Mitglied der Vereinten Nationen, des Commonwealth, der Welthandelsorganisation (WTO) und der südasiatischen Regional Kooperation SAARC (South Asian Association for Regional Co-

operation). Der bekannteren und großen südostasiatischen Regionalorganisation ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) ist Indien – wohl auf Druck Chinas und einiger südostasiatischer Kernländer – bisher nur als Dialogpartner angeschlossen.

Das politische System der seit 1947 unabhängigen Indischen Union zeichnet

sich durch demokratische und pluralistische Strukturen und ein funktionierendes Wahlsystem aus. Indien verfügt über eine anerkannte Verfassungstradition, ein unabhängiges Justizsystem und bekennt sich zur Einhaltung von Menschenrechten. Im Gegensatz zu einigen asiatischen Ländern kann Indiens Pressewesen durchaus als unabhängig und meinungsstark bezeichnet werden. Durch diese Elemente sieht sich Indien als Wegweiser für Entwicklungsländer.

Auf wirtschaftlicher Ebene führte Indien durch die staatlich halb gelenkte Wirtschaftspolitik der „mixed economy“ bis zu Beginn der 1990er Jahre ein Schattendasein. Erst durch ein umfassendes wirtschaftliches Reform- und Liberalisierungsprogramm findet Indien seit etwa zehn Jahren zunehmend den Anschluss an die Weltwirtschaft und verfügt über ein stabiles Wachstumspotential (siehe Graphik):



Nach Angaben der Weltbank erreicht Indien ein Wirtschaftswachstum von 8 Prozent für das Jahr 2003. Indien hat aus einer schwachen makroökonomischen Ausgangslage mit niedrigen Wachstumsraten und Versorgungsproblemen eine industrielle und inzwischen auch wissenschaftliche Basis geschaffen. Als Grundlagen der wirtschaftlichen Erfolge gelten laut Generalkonsul Mukul die „Grüne Revolution“, die ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln und die „Weiße Revolution“, die Indien zu einem der größten Produzenten von Milch und Milchprodukten machte. Zu den wirtschaftlichen Zielen gehören laut Generalkonsul Mukul der Auf- und Ausbau von Telekommunikation, Flugverkehr und Infrastruktur. Durch eine durch Forschung und Entwicklung angekurbelte Wissensrevolution will Indien zu einer neuen Art von „Supermacht“ werden: „India: The Next Knowledge Super Power“.

Belastungen

Dies darf jedoch nicht von den sozialen, ethnischen, religiösen und kulturellen Problemen ablenken, die Indien belasten. Über 81 Prozent der Bevölkerung sind Inder, 12 Prozent sind Muslime, 2,3 Prozent Christen und 1,9 Prozent Sikhs. Buddhisten und Parsen machen einen Anteil von weniger als 2,5 Prozent der Bevölkerung aus. Neben dem offiziellen Hindi gibt es weitere 18 Haupt- und 24 Nebensprachen, 720 Dialekte und weitere 23 so genannte Stammessprachen im Osten und Nordosten der Union.

Zwischen den Städten und abgelegenen Regionen herrscht ein großes Gefälle bei Bildung und Einkommen. Diese strukturellen Diskrepanzen, die Indien in unterentwickelte Landwirtschaftsregionen und Industriezonen teilen, bergen sozialen Sprengstoff. 300 Millionen Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze und verfügen über weniger als einen US-Dollar pro Tag. Zu den „niedrigsten“ Kasten gehören z.B. die 140 Millionen Dalit. Die Dalit waren mit Ambedkar in den Anfangsjahren der Unabhängigkeit auch durch einen einflussreichen Politiker vertreten. Nach Meinung von Maren

Die Akademie veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München eine Fortbildung über Indien. Als Experten konnten der indische Generalkonsul in München, J.S. Mukul, Dirk Matter von der Indisch-Deutschen Handelskammer, Dr. Maren Bellwinkel-Schempp aus Stuttgart, Dr. Susanne Reichl von der Universität Wien und Silke-Yasmin Fischer vom Institut für Indologie der Ludwig-Maximilians-Universität München gewonnen werden.

Bellwinkel konnte sich Ambedkar jedoch nicht gegen die so genannten „Kastenhindus“ durchsetzen und verließ 1951 sein politisches Amt, um sich der Interpretation des Buddhismus für die unteren Kasten, insbesondere für die Dalit, zu widmen. Ambedkar wird wie ein Heiliger verehrt. Er gab den



Der indische Generalkonsul in München J.S. Mukul sprach über die rasante Entwicklung seines Heimatlandes.

Dalit nicht nur eine religiöse Orientierung, sondern auch eine sozio-politische Botschaft, nämlich „Bildung, Organisation und Zusammenschluss“, die ihnen helfen sollte, sich von Unterdrückung und Diskriminierung zu befreien.

Indien steht auch noch für weitere Gegensätze: Es ist ein Entwicklungsland mit einem Raketen- und Atomprogramm. Zu den politischen Belastungsfaktoren gehören der Kashmir-Kon-

flikt mit Pakistan, Hindi-Nationalismus und die große Zahl der Parteien. Außenpolitisch haben sich Indiens Perzeptionen weit über den Subkontinent und den Golf von Bengalen hinaus verschoben. Die neue Verteidigungspolitik wünscht sich eine Rolle von der jemenitischen Insel Socotra bis zum indonesischen Sumatra. Diese Anliegen werden unterstützt durch den Kauf von Militärgütern aus Israel, Frankreich und den USA. Bedroht fühlt sich die Indische Union durch den Terrorismus in der Region und durch zwei Nachbarn, die über nukleare Waffen verfügen: Pakistan und China.

Klassenschranken

Gesellschaft, Kultur, Religion und Tradition im indischen Bildungsverständnis stellte Silke-Yasmin Fischer an Hand eines indischen Sozialkundelehrbuches dar. Sie verfügt über eine zweijährige Lehrerfahrung in Indien und erläuterte Wandlungen und Spannungen, die die indische Gesellschaft auf dem Weg von der Großfamilie zur vierköpfigen Familie, durch einen zunehmenden Anteil von arbeitenden Frauen, die unterschiedlichen Religionen und ihre Feste und durch die nach wie vor eisernen Klassenschranken erlebt. Indiens urbane Zentren öffnen für Kinder aus wohlhabenden Schichten viele Möglichkeiten und bieten qualifizierte Arbeitsplätze für Frauen. Doch auf dem Land sind die Aussichten durch das unausreichende Schulsystem und das noch sehr starre Rollenverständnis ungünstig.

So sehr ein gleichberechtigtes, säkulares Gesellschaftsverständnis offizielle Lesart ist, so traditionell ist die indische Gesellschaft immer noch geprägt. Auch die in den USA ausgebildeten Computerspezialisten heiraten noch in vielen Fällen nach Empfehlung der Familie. ■

Saskia Hieber

Globale Rolle unter dem Primat des Unilateralismus

Paradigmenwechsel seit dem Ende des Kalten Krieges

Vor dem Hintergrund des 11. Septembers und des Irak-Konflikts wird deutlich, dass die USA ihre globale Rolle neu zu definieren suchen und ihre Sicherheitspolitik zunehmend unter den Primat des Unilateralismus stellen. Auch die militärische Asymmetrie zwischen Europa und den USA begünstigt die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten im internationalen politischen System. Dabei zeigt sich vor allem auch in der Auseinandersetzung mit der UNO, dass die Selbsteinbindung in Völkerrecht und andere Formen der Kooperation von den USA eher als Hindernis gesehen werden, die eigenen Interessen durchzusetzen.

Im Zuge der Ereignisse des 11. Septembers, so Jürgen Wilzewski von der TU Kaiserslautern, gewann die Position des Präsidenten der USA, der kurz zuvor mit nur hauchdünner Mehrheit ins Amt gewählt worden war, erheblich an Gewicht. Unter dem Eindruck einer „nation under attack“ schlug die Bush-Administration einen neuen Weg der Sicherheitsstrategie ein: neben das Primat der Abschreckung trat jetzt die Strategie der Präventivschläge. In Anknüpfung an zwei Grundprinzipien der amerikanischen Außenpolitik – globale Machtprojektion und Verbreitung amerikanischer Wertvorstellungen – war die Bush-Doktrin geboren. Damit verbunden war ein starker Trend zu unilateralem Handeln; eine Entwicklung, die verschiedenen Umfragen zufolge keine Mehrheitsbasis innerhalb der amerikanischen Bevölkerung hat. Selbst unter dem Eindruck von „Nine-Eleven“ schien sie den „team effort“ den „go-it-alone-at-all-costs“ klar vorzuziehen.

Kongress und Senat stehen nach dem anfänglichen Schulterschluss ebenfalls nicht mehr geschlossen hinter der Außenpolitik ihres Präsidenten. „Viele Probleme lassen sich auch von einer Supermacht mit einem jährlichen Militärhaushalt von 500 Milliarden Dollar nicht lösen“, prophezeite Wilzewski und ergänzte, dass die vollzogene grundlegende strategische Neuausrichtung ohne einen breiten gesellschaftlichen Konsens kaum gelingen kann.

Begrenzt einsatzfähig

Trotz Ihrer massiven personellen und technischen Überlegenheit sehen sich die US-Streitkräfte im Irak mit großen Problemen konfrontiert, gab Christopher Daase (Universität München) zu bedenken. Er sprach von einer generellen Strukturschwäche der US-Armee im Führen „kleiner“ Kriege. Zwar sei sie für die Bewältigung konventioneller Konflikte hervorragend geeignet, doch hinsichtlich Guerilla- und Aufstandsbekämpfung sei ihre Einsatzfähigkeit eher begrenzt.

Erstens fehle der US-Armee Erfahrung mit und Tradition in der Aufstandsbekämpfung. Und die Kriege gegen die Ureinwohner Amerikas seien nicht in das „institutionelle Gedächtnis“ des Militärapparates eingegangen.

Zweitens herrsche jenseits des Atlantiks der Grundsatz einer Trennung von Politik und Krieg: Im Frieden führen die Politiker, im Krieg verrichten Militärs ihr Handwerk, ohne von „unqualifizierten“ Zivilisten behelligt zu werden. Die Aufstandsbekämpfung stelle eine Schnittstelle zwischen beiden Bereichen dar; eine exakte Handhabe für diese „Grauzone“ fehle.

Drittens schließlich sei es generell nicht unproblematisch, einer Guerilla gegenüber zu stehen, denn es gelten divergierende Siegbedingungen: „Die Guerilla gewinnt, wenn sie nicht verliert, der Staat verliert, wenn er nicht gewinnt!“ Damit kann der Widerstand auf Zeit spielen, was einer Demokra-

tie möglicherweise schnell die Basis ihrer Kriegsführung entzieht. Das Volk ist schlicht nicht mehr gewillt, die Kosten des Konfliktes über längere Zeiträume zu tragen, und das Militär zieht sich zurück – die Siegbedingung der Guerilla ist erfüllt!

Sakraler Respekt vor nationalen Werten

Nach Colonel Thomas Wilhelm vom George C. Marshall Center for Security Studies, in Garmisch-Partenkirchen liegen der Konstruktion der Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika und der National Military Strategy die „National Values“ Demokratie, Freihandel und Menschenrechte zugrunde, welche sakralen Respekt genießen. Sie bilden das Fundament für alle weiteren Überlegungen und Konzepte und münden im Ergebnis in drei Hauptaufgaben für das US-Militär: Schutz der USA vor Konflikten und Überraschungsangriffen und Sieg über den Gegner. Zur Verteidigung dieser Aufgaben ist das amerikanische Militär weltweit präsent.

Wilhelm räumte ein, dass eine Verbindung von tatsächlichen Aufgaben zu den Grundwerten teilweise nur schwer gezogen werden kann. Denn im Sinne der nationalen Sicherheit muss eine Abwägung von „interests, important interests and critical interests“ erfolgen. Dabei können Sicherheitserwägungen durchaus mit humanitären und diplomatischen Aspekten in Konkurrenz treten. Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann das US Militär auf 2,6 Millionen modern ausgerüsteter Berufssoldaten zurückgreifen, die mit einem jährlich wachsenden Budget von derzeit etwa 500 Milliarden US-Dollar ausgestattet sind. In einer absteigenden Rangfolge der Militärausgaben aller Länder übersteigen die Militäraufwendungen der USA die Summe der 17 nächsthöchsten nationalen Verteidigungsbudgets.

Im Vergleich zum amerikanischen Militär stellen sich die Zahlen, die Oberstleutnant Gert Tubach bezüglich der deutschen Streitkräfte präsentierte, sehr bescheiden dar: Die Bundeswehr umfasst momentan etwa 250 000 Mann; das Verteidigungsbudget befindet sich einer Kategorie, die in keiner Weise mit der der USA vergleichbar wäre, nämlich 24 Milliarden US Dollar.

In Sachen Sicherheitsstrategie sieht sich die Bundesrepublik in ein dichtes Netz internationaler Abkommen eingebettet und verfügt im engeren Sinne nicht über eine eigene Sicherheitsstrategie. Tubach ergänzte, dass die militärische Komponente bundesdeutscher Außenpolitik sich seit dem Ende des Kalten Krieges langsam und in Kooperation mit den Nachbarstaaten und supranationalen Organisationen entwickelte. Schließlich wurde die Bundeswehr als Verteidigungsarmee konzipiert. Aufgrund ihrer begrenzten technischen und finanziellen Ausstattung und auch bedingt durch ihren Wehrpflichtcharakter ist sie nicht für großes internationales Engagement ausgelegt. Beispielsweise erfolgen Truppenbewegungen zu den verschiedenen Einsatzziele in Afrika oder Asien via gemieteter Transportmaschinen der ukrainischen Luftwaffe.

Zivilreligion als patriotischer Kitt

Wie Britta Waldschmidt-Nelson von der Universität München ausführte, ist die religiöse Orientierung der US-Politik kein Produkt des späten 20. Jahrhunderts, sondern das Ergebnis einer historischen Entwicklung, deren Wurzeln bis zur Gründung der Vereinigten Staaten zurückreichen. So stellte Amerika zur Zeit der Auswanderungsbewegungen aus Europa im 17. und 18. Jahrhundert einen sicheren Hafen für Anhänger verschiedenster, überwiegend christlich orientierter Konfessionen dar. Zu der vorherrschenden Religionsfreiheit trat der Umstand, dass die etablierten Amtskirchen Europas in den USA kaum Einfluss geltend machen

konnten. In der Folge dieser Unabhängigkeit entwickelte sich ein System der kommunalen Selbstverwaltung auf religiöser, kultureller und schließlich auch politischer Ebene. Daraus er-



Britta Waldschmidt-Nelson: „Religiöse Orientierung der US-Politik ist kein Produkt des späten 20. Jahrhunderts.“ Fotos: Schad

wuchs mit der Zeit eine Art von Zivilreligion, die Waldschmidt-Nelson überspitzt als „patriotischen Kitt“ bezeichnete: Eine Mixtur aus religiösen und weltlichen Attributen wie das Gute, Reinheit, Freiheit, Demokratie und Individualismus.



Erläuterten deutsche und amerikanische Sicherheitsstrategien: v.r. Colonel Thomas Wilhelm, Oberstleutnant Gert Tubach, Tagungsleiterin Saskia Hieber.

Der Gedanke einer „heiligen Mission“, also der Verbindung von Religion und politischer Zielsetzung, sei keine Erfindung der Bush-Administration: „We brought light, where there was darkness“ konstatierte bereits Reagan in den 80er Jahren. Die Selbstwahrnehmung als „auserwähltes Volk“ ist den

vereinigten Staaten ein Teil der nationalen Identität. Vor diesem Hintergrund hatten die Ereignisse des 11. Septembers eine stark traumatisierende Wirkung auf die amerikanische Öffentlichkeit.

Religion und Politik

Der Religion kommt, so Josef Braml von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, hinsichtlich der politischen Willensbildung in Nordamerika eine tragende Rolle zu. Etwa 90 Prozent der Amerikaner glauben gemäß einer Gallup-Umfrage an Gott, und circa 60 Prozent der Bevölkerung sind aktiv in einer Kirche engagiert. Besonders der christlichen Rechten, die teils stark fundamentalistische Züge trägt, komme im politischen Prozess große Bedeutung zu. Sie sei politisch und kulturell organisiert und stelle ein nicht zu unterschätzendes Wahlkampf- und Wählerpotential dar. Daraus erwachsen verschiedene außenpolitische Forderungen, welche von der Administration, will sie ihre Wähler nicht enttäuschen, aufgegriffen werden müssen. So ist beispielsweise die Haltung der USA im Nahost-Kon-

flikt nicht unmaßgeblich von der christlichen Rechten geprägt. So genannte „Born-Again-Gläubige“ warten auf die Wiederkehr Christi. Diese erfolge, sobald der Tempel Salomons in Israel wieder erbaut ist. Eine spirituell-alttestamentarische Verbindung zum Staat Israel schränkt den außenpolitischen Spielraum der US-Administration hinsichtlich des Nahen und Mittleren Ostens ein. Braml sprach von „Machtstrukturen, die über die Basis kommen.“

Allerdings betonte er, dass viele Ziele der Außenpolitik einer Wählerschaft über den Weg einer quasi-religiösen Mission wesentlich einfacher zu vermitteln seien als im Rahmen geostrategischer Konzeptionen. ■

Markus Schad

Vom Überleben in einer Nischengesellschaft

Kennzeichen der SED-Diktatur in der DDR war die massive Präsenz von Herrschaft gegenüber den Bürgern. Partei, Massenorganisationen, Repressionsapparat und die Abschottung vor allem nach Westen wirkten auf den Alltag ein, förderten und forderten bestimmte Einstellungen und Verhaltensweisen. Manche sahen sich als Träger des Systems, andere arrangierten oder beteiligten sich. Inmitten der regelmäßigen Zustimmungsrituale und dem organisierten Mangel bewahrte man sich staats- und ideologiefreie Nischen oder entzog sich durch Formen partiellen Widerstands. Die Tagung „Herrschaft und Alltag in der SED-Diktatur“ unter Leitung von Jürgen Weber und Siegfried Münchenbach ging diesen Zusammenhängen mit Juristen, Wissenschaftlern und Zeitzeugen auf den Grund.

Der Historiker und Zeitzeuge Stefan Wolle analysierte den Staatsapparat der DDR, der zurecht als Diktatur, Unrechtsstaat, totalitärer Staat oder scherzhaft als Gerontokratie charakterisiert werde. Unterschiede zur Bundesrepublik wie Frauenerwerbstätigkeit, hohe Scheidungsraten, viele Schwangerschaftsabbrüche, die Verdrängung der Kirchen, der große Stellenwert der Arbeit und frühzeitige Kin-

händler und Gastwirte gegeben. Ganz entscheidend sei das Leben durch die Verwaltung des Mangels geprägt worden. Anstehen, Betteln und Bestechen waren Alltag. Erziehungs- und Bil-



Stefan Wolle: „Anstehen, Betteln und Bestechen waren Alltag in der DDR.“

derbetreuung prägten auch heute noch die östlichen Bundesländer. Diese von der PDS ausgenutzte Lebenserfahrung werde nun als „Ostalgie“ bezeichnet.

Eine „Nischengesellschaft“ sei die DDR gewesen, in der sich viele in ihre geschützten Nischen zurückgezogen hätten, um der Diktatur zu entgehen. Trotz staatlich gelenkter Wirtschaft habe es private Handwerker, Einzel-



Hans-Jürgen Grasmann: Fakten über den Unrechtsstaat DDR.

Fotos: AvD

dungssystem waren stark leistungsorientiert, ideologisiert, militarisiert und durchorganisiert „vom Töpfchen bis zur Promotion“. Kollektiv und Gemeinsinn wurden so gefördert, weshalb viele nach der Wende diese „Kuhwärme des Systems“ vermissten. Fast bitter fiel deshalb Wolles Fazit aus: „Im Rückblick wird die DDR wohl immer schöner werden.“

Handeln nach dem SKET-Prinzip

Der in der DDR bespitzelte Schriftsteller und Journalist Udo Scheer beleuchtete die Arbeits- und Wirtschaftswelt

des SED-Staates mit ihren Versorgungslücken, Ineffizienz, einem veralteten Maschinenpark und dem Verfall der Bausubstanz. Die Menschen handelten nach dem SKET-Prinzip: Sehen, Kaufen, Einlagern, Tauschen. Der Zusammenbruch der Planwirtschaft war unausweichlich, wie laut Scheer auch eine geheime Stasi-Analyse 1988 wegen der hohen Auslandsschulden prognostizierte. Einzige Lösung schien der Stasi das drastische Zurückfahren der Sozialleistungen und damit die Unregierbarkeit. Deshalb blieb aus ihrer Sicht nur eine Konföderation mit der Bundesrepublik.

Politische Justiz

Oberstaatsanwalt Hans-Jürgen Grasmann aus Braunschweig berichtete über viele Einzelschicksale und die erschütternden Fakten der politischen Justiz und Polizei als Herrschaftsinstrument der Diktatur. Fünf Jahre war er Leiter der westdeutschen Zentralstelle in Salzgitter für Menschenrechtsverletzungen in der DDR. Schon 1950 bei den „Waldheimer Prozessen“ bemühten sich die DDR-Richter, von 3308 Angeklagten nur 14 unter fünf Jahren Haft zu bestrafen, 2891 über zehn Jahre bis lebenslang. 32 wurden zum Tode verurteilt. Zehn bis fünfzehn Minuten pro Fall vor Gericht, das sei der erste „Sündenfall der DDR-Justiz“ gewesen.

91 000 hauptamtliche Mitarbeiter der Stasi waren zuständig für die Telefonüberwachung, um Dissidenten wie Robert Havemann allein mit über 200 IM's zu bespitzeln. In 40 Jahren DDR wurden zwischen 250 000 und 300 000 Personen aus politischen Gründen verurteilt, 34 000 wurden vom Westen für jeweils 40.000 bis 91.000 DM freigekauft. Bis zum letzten Tag der DDR hat die von der Stasi angeleitete Justiz Verhandlungen geführt, die allen rechtsstaatlichen Grundsätzen widersprachen. Von allen Tätern wurden nur einige bestraft, meistens mit einer niedrigen Haftstrafe.

Widerstand aus der Kirche

Die Kirche zwischen Anpassung und Selbstbehauptung schilderte der Berliner Pfarrer und Zeitzeuge Joachim Goertz. Als Unbequemer aufs Land nahe Weimar versetzt („Die Rübe war die einzig Schatten spendende Pflanze“), litt er bereits als Jugendlicher unter der Einteilung seines Vaters als politisch „Unzuverlässigem“. Obwohl der Vater im KZ Buchenwald inhaftiert war, erhielt er keine Rente und wurde auch sonst benachteiligt. Deshalb konnte Goertz nur „abhauen oder Theologie studieren“.

Alle Versuche, die Kirche dem Staat zu unterstellen oder sie mittels Jugendweihe zur Bedeutungslosigkeit zu verdammen, scheiterten. Die Umdeutung der Kirchengeschichte – selbst Luther wurde zum Kommunisten umgeschrieben – überzeugte niemanden. In der Kirche blieb demokratisches Bewusstsein erhalten, obwohl sich in mehreren Landeskirchenräten eine Reihe von Stasi-Mitarbeitern tummelten. Eine Krise nach der anderen führte schließlich zur Ausreisebewegung. Die Bürgerrechtsbewegung nach den offenkundig gefälschten Kommunalwahlen wurde von vielen Pfarrern unterstützt und führte schließlich 1989 zum Fall der Mauer und damit dem Ende der DDR.

Sport als Kampf gegen den Klassenfeind

Giselher Spitzer von der Universität Potsdam zeigte die Verflechtung von Sport und Politik im SED-Regime auf. Sport wurde in der DDR funktionalisiert und instrumentalisiert. Nach der NOK-Gründung und dem Kurswechsel zum Hochleistungssport mit politischer Funktion in den 60er Jahren ging man unter Leitung von Manfred Ewald auch rasch zum staatlich angeordneten und geförderten Doping über. Der Klassenfeind in der BRD sollte überholt werden. Dazu wurde ein berufssportliches System installiert, das durch strengste Auswahl der durchsetzungsfähigsten 3 Prozent aller gebürtigen DDR-Kinder einen Aufstieg aus allen Schichten ermöglichte. Sie wurden nach wissenschaftlichen Kriterien

ausgewählt, von Trainern für drei Sportarten interessiert und konnten sich für eine davon entscheiden. Nur 40 Prozent kamen durch eigenes Interesse zu einer Sportart. Ausbildungsort waren die 1800 Trainingszentren, wo jährlich die 10 000 aussichtsreichsten Sportler in eine höhere Förderstufe aufstiegen und die Chance hatten, einer von 2000 Aktiven zu werden. Der Rest bekam keinerlei Wettkampfsystem zur Verfügung gestellt. Breitensport gab es also nicht. 4700 hauptamtliche Trainer, 1000 Ärzte und 5000 Funktionäre betreuten die Sportler. SED und Geheimdienst mit über 3000 IM's beherrschten den Sport auf allen Ebenen.

Holger Richter, Psychologe und Publizist aus Dresden, berichtete aus sei-

ner Zeit als Bausoldat in den Jahren 1988/89, dem „Zivi der DDR“. Nachdem man zunächst nach Einführung der Wehrpflicht 1962 nicht wusste, was man mit den Wehrdienstverweigerern tun sollte, wurden 1964 die Bausoldaten geschaffen, deren Dienstzeit im Gegensatz zu den drei Jahren Wehrdienst nur 18 Monate betrug. Die Behörden informierten ausdrücklich nicht über diese Möglichkeit, sich dem Dienst mit der Waffe zu entziehen. Etwa 1 Prozent der Wehrpflichtigen jedes Jahrgangs verweigerten den Dienst in der Volksarmee, davon rund 100 total. Hauptsächlich Christen, Dissidenten, Ausreisewillige oder auch manchmal „ein paar Nazis“ gingen diesen Weg der Wehrdienstverweigerung. ■

Andreas von Delhaes

Foyer vollendet

Hell, freundlich, transparent und modern: Die spontanen Urteile unserer Tagungsgäste über das neue Foyer der Akademie fallen durchweg positiv aus. Nach über einem halben Jahr Bauzeit und vielen Wochen mit Baulärm, Staub und umständlichen Umwegen durch den wochenlang tief verschneiten Akademiepark können nun unsere Gäste wie gewohnt trockenen Fußes von den Seminarräumen und vom Speisesaal in ihre Zimmer gehen. Die völlig neu gestaltete Eingangshalle bietet nicht nur mehr Platz und Durchblick zu Park und See, sondern ein Balkon zum ebenfalls neu angelegten Innenhof eröffnet auch völlig neue Perspektiven für die Kaffeepausen in der wärmeren Jahreszeit.

ms



Flucht und Vertreibung – Erinnerung und Gegenwart

Die Journalistin Helga Hirsch fordert ein Ende
des gegenseitigen Aufrechnens von Leid

Historische Ereignisse sind niemals einfach bloß Vergangenheit, sondern immer auch Gegenstände von Interpretation und Instrumentalisierung. Flucht und Vertreibung der Deutschen während und nach dem Zweiten Weltkrieg stehen exemplarisch für diese Art des Umgangs mit Geschichte. Lange Zeit „beschwiegen“, entwickelte sich erst in den letzten Jahren eine Debatte um die Vertreibung, die „befreiend“ wirke, so der Bielefelder Historiker

Hans-Ulrich Wehler, weil ein abgesunkenes Stück kollektiver Lebensgeschichte nunmehr „ruhig besprochen werden“ könne. Für die Berliner Publizistin Helga Hirsch sind es die individuellen Erfahrungen, welche die historische Erinnerung jenseits allen Streits um Interpretation aufklärend und verbindend wirken lassen. Dieser Einstellung folgend rückt die ehemalige Warschauer Korrespondentin der Wochenzeitung „Die Zeit“ diese

Perspektive in ihren publizistischen und dokumentarfilmerischen Arbeiten in den Mittelpunkt. In der Reihe „Akademiegespräch im Landtag“, die die Akademie zusammen mit der bayerischen Volksvertretung veranstaltet, stellte die Preisträgerin des deutsch-polnischen Journalistenpreises von 2001 neueste Forschungsergebnisse über Flucht und Vertreibung der Deutschen sowie deren Integration vor.

Für die Deutschen war es „Vertreibung“, die Polen nannten es „Zwangsumsiedlung“ und die Tschechen sprachen von „Abschub“. Schon in diesen Bezeichnungen werden die unterschiedlichen Blickwinkel auf das historische Ereignis deutlich. Dabei dürfe nicht vergessen werden, so Helga Hirsch, dass das Instrument des „Bevölkerungsaustauschs“ bzw. der „ethnischen Entmischung“ als Mittel der Friedenssicherung in den 20er Jahren bis zu einem gewissen Grad akzeptiert war. Erst Hitler stieß mit seiner Lebensraumideologie, die die Deportation von mehr als 30 Millionen Russen, Polen und Juden zur Voraussetzung hatte, in Dimensionen unvorstellbaren Ausmaßes vor. 1944 griff der Bodenkrieg auf Deutschland über und zu den Bombenflüchtlingen kamen damit insgesamt 14 Millionen deutsche Flüchtlinge und Vertriebene, von denen etwa zwei Millionen die Flucht nicht überlebten. Mit dem Ende der „Zwangsumsiedlung“ war der Anteil der ethnischen Minderheiten in Polen von 32 Prozent vor dem Krieg auf nunmehr 3 Prozent gesunken. In Deutschland werde sehr oft verdrängt, so Hirsch, dass im Zuge der Westverschiebung Polens auch sehr viele Ostpolen nach Schlesien und Pommern umgesiedelt wurden – ebenfalls zu meist unfreiwillig.



Helga Hirsch: „Besprechen statt Beschweigen“. Rechts: Akademiedirektor Heinrich Oberreuter

Von den 12 Millionen überlebenden deutschen Vertriebenen fanden sich ca. 7,9 Millionen in den Westzonen wieder, 4,1 Millionen in der sowjetisch besetzten Zone, von denen bis zum Mauerbau 1961 etwa eine Million Menschen in den Westen abwanderten. In der SBZ und späteren DDR wurde das Thema weitgehend tabuisiert, allenfalls war von „Umsiedlung“ die Rede. Im Gegensatz zur DDR formier-

ten sich im Westen alsbald Heimatvertriebenenvereine; 1951 wurde der „Bund der Vertriebenen“ gegründet sowie der „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)“ als politische Partei. Mit der fortschreitenden Integration der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft verloren deren Interessenvertretungen zunehmend an Gewicht.

„Opferkonkurrenz“

Ab 1970 – so die damals vorherrschende Meinung – galten die Vertriebenen als vollständig integriert. „Der Stolz der Politiker, Wir haben sie eingegliedert“, so Hirsch, „traf auf den Stolz der Vertriebenen, Wir haben es geschafft“. Ab Mitte der 80er Jahre brach sich allmählich eine kritischere Sicht Bahn, die den Integrationsprozess in vielerlei Hinsicht hinterfragte. Diese Phase hält bis heute an. Neuere Untersuchungen zeigen Hirsch zufolge, dass viele Einheimische doch nicht so aufnahmebereit waren, wie vielfach behauptet. An vielen Orten entwickelte sich eine Art „Opferkonkurrenz“ zwischen denen, die alles verloren hatten und denen, die alles außer der Heimat verloren hatten. Witze wie: „Wer war der erste Vertriebene? Der Mond. Er stammt aus dem Osten und hat einen Hof.“ machten angesichts von Lastenausgleich und strebsamen zugewanderten „Häuslebauern“ die Runde bei den Einheimischen. Besonders in der jüngeren Vertriebenengeneration herrschte eine sehr starke Leistungsorientierung vor. „Was zählte war Wissen und Können, nicht Hab und Gut.“ Die Jüngeren unter den Vertriebenen hatten erheblich weniger Probleme, sich einzugliedern als die ältere Generation. Die Kinder waren oft in einer schwierigen Situation: Erfüllter Anpassungsdruck von außerhalb der Familie provozierte das Unverständnis der Eltern, die die Übernahme der neuen Sitten durch die Kinder oft als „Verrat“ empfanden. Die konkreten Ereignisse der Flucht und Vertreibung wirken nach wie vor nach: Bei 1999 untersuchten ehemaligen Vertriebenen stellten Psychologen bei 62 Prozent nachweisbare Traumatisierungen fest.

Chance der „oral history“

Höchste Zeit sei es, so die Forderung Helga Hirschs, das Thema Flucht und Vertreibung aus der Vorwurfsecke des „Revanchismus“ heraus zu holen. Oral History kann hierbei einen wichtigen Beitrag als Ergänzung zur systematischen Forschung leisten. In Polen und Deutschland immer noch stark domi-

nierende Klischees können durch persönliche Begegnungen, durch Erzählen der eigenen Erlebnisse am nachhaltigsten in Frage gestellt und überwunden werden. Dabei sind Irritationen nicht immer zu vermeiden: „Solange sich Deutsche selbst als Täter und sich Polen und Tschechen selbst als Opfer gesehen haben, haben sich die Selbstbilder ergänzt. Mit der Entwicklung, dass sich die Deutschen auch als Opfer sehen, sind Irritationen bei den Nachbarn vorprogrammiert!“

Sich weiterhin an der „geronnenen Geschichte mittels Gerichtsverfahren und Wiedergutmachungsforderungen“ abzuarbeiten, bringe wenig Fortschritt, so Hirsch. Statt dessen sollte man alle Seiten des Leids berücksichtigen. Die Deutschen müssten lernen, dass es auch noch andere Opfer gab als die

Juden, die Polen müssten lernen, dass auch den Deutschen Unrecht zugefügt wurde und das heutige Deutschland keine revanchistische Gefahr mehr darstelle. Es müsse Schluss damit sein, Leiden gegeneinander aufzurechnen. Kein Weg werde daran vorbei führen, einander zuzuhören und Mitgefühl zu entwickeln. Helga Hirsch verlieh ihrer Hoffnung Ausdruck, dass dem „Beschweigen“ nun das „Besprechen“ folge, Besprechen „in Ruhe und Respekt vor den unterschiedlichen historischen Erfahrungen des Gegenübers.“ ■

Manfred Schwarzmeier

Helga Hirsch

Geboren 1948 in Estorf/Weser. Studium der Germanistik und Politikwissenschaft, anschließend Promotion mit einer Arbeit über die antikommunistische Opposition in Polen.

1989-1995 Korrespondentin der Wochenzeitung „Die Zeit“ in Warschau. Berichte von den Wende- und Nachwende-Ereignissen aus Polen und anderen post-kommunistischen Staaten (u.a. Rumänien, Jugoslawien, Albanien, Litauen). Seit 1996 freie Publizistin in Berlin (u.a. für die FAZ, Die Welt, den WDR, den Deutschlandfunk und ARTE). 2001 Deutsch-Polnischer Journalistenpreis.

Buchpublikationen:

Die Rache der Opfer – Deutsche in polnischen Lagern 1945-1950 (Berlin 1998);

Ich habe keine Schuhe nicht – Lebensläufe von polnischen, jüdischen und deutschen Grenzgängern (Berlin: Berliner Taschenbuchverlag 2004);

Schweres Gepäck. Flucht und Vertreibung als Lebensthema (Hamburg: Edition Körber-Stiftung 2005).

Dokumentarfilme:

Späte Opfer – Deutsche in polnischen Lagern 1945-1950 (WDR/MDR 1999); *Der Erbfeind – Preußen/Deutschland aus polnischer Sicht* (ARTE 2001); *Schönes Land, armes Land – Bulgarien sucht den Anschluss an den Westen* (ORB/ARTE 2003); *Mein Überleben in Kolbuszowa – Ein amerikanischer Jude reist nach 57 Jahren in seine ostpolnische Heimat* (rbb 2005).

Zentrum gegen Vertreibungen: www.z-g-v.de

„Erlöst und vernichtet in einem“

Gedanken zum 8. Mai 1945*

von Akademiedirektor Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Ist dieser 8. Mai vor 60 Jahren ein Tag der Befreiung gewesen? Ganz gewiss ein Tag der Befreiung vom Joch des Nationalsozialismus und des Krieges, ein Tag der Freiheit für die Gedemütigten und Geknechteten in den Gefängnissen und Konzentrationslagern. Aber gilt diese Interpretation für ganz Europa? Ganz gewiss nicht; denn im Osten wurde eine Diktatur durch eine andere ersetzt, mit schrecklichen Folgen. Konzentrationslager in der Ostzone wurden nahtlos weiter benutzt, nur die Insassen wechselten. Daher fällt es heute osteuropäischen Regierungen, speziell im Baltikum, schwer, zu Jubiläumsfeierlichkeiten nach Moskau zu reisen.

Versetzt man sich in die Zeitgenossen in Deutschland hinein, wird der Symbolgehalt dieses Tages noch komplexer. Der spätere erste Bundespräsident der in jeder Hinsicht neu zu gründenden Republik, Theodor Heuss, hat diese Komplexität am 8. Mai 1949 verdeutlicht. Im Parlamentarischen Rat sagte er: „Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie der Geschichte für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind.“

Grausame Bilder

Die Deutschen haben wenigstens im Westen ihre Befreier und Besatzer willkommen geheißen. Sie respektieren sie auch heute noch. Zugleich aber litten sie unter der elenden Situation in Not und Trümmern. Als ihnen mit dramatischen Bildern aus den Konzentrationslagern die Augen geöffnet wurden, hatten sie zudem erschüttert zur Kenntnis zu nehmen, welch grausame Verbrechen sie durch ihr politisches Versagen begünstigt hatten.

Erlöst und vernichtet in einem. Das ist in der Tat die Situation jenes Volkes gewesen, das Hitler an die Macht kommen und gewähren ließ und, wenn

überhaupt, zu Einsichten erst fand, als es zu spät war. Man mag die „Vernichtung“ als gerechte Strafe der Geschichte betrachten. Aber man muss auch konzedieren, dass die Betroffenen Komplexität und Paradoxie ihrer Situation empfanden, wie Heuss sie be-

„Es ist geschehen,
und folglich kann es wieder geschehen.
Es kann geschehen, überall.“

Primo Levi

schrieb. Hoffentlich möchte man hinzufügen. Denn zur historischen Wahrheit gehört auch, dass demoskopische Befunde bis weit in die 50er Jahre erstaunliche Resistenz nationalsozialistischen und antisemitischen Gedankenguts offenbaren.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit gab es ganz sicher verbreitet Unwillen und Unsicherheit, sich zur erlebten Vergangenheit zu positionieren. Man scheute die Betroffenheit, die uns ja heute noch überfällt, wenn wir uns mit noch so rationalen Absichten dieser Phase zuwenden. Warum ist das so?

Als der große Historiker Friedrich Meinecke unmittelbar nach ihrem

Ende im Jahre 1946 der „deutschen Katastrophe“ nachspürte, warf er eine uns heute noch bewegende Frage auf; die Frage, ob man je vollkommen verstehen könne, was sich in den zwölf Jahren des „Dritten Reichs“ an Ungeheuerlichem ereignet habe. Beispiellos ist die fabrikmäßige Ermordung der Juden. Aber auch die anderen Opfer, die Sinti und Roma, die Kranken, die Homosexuellen und die Widerständigen dürfen nicht hintangestellt werden. Auch heute noch wird man sagen können, dass es zwar viele Interpretationen, Erklärungen und Erkenntnisse gibt. Aber vollkommen verstehen können wir noch immer nicht. Und dort, wo die Humanität mit Füßen getreten worden ist, weigern wir uns zu verstehen, was an nüchterner Erkenntnis so

offen vor uns liegt. Es übersteigt unsere Fassungskraft. Man kann ja Auschwitz, Buchenwald und Mauthausen, ebenso aber auch Yad Vashem in Jerusalem oder das Holocaust-Museum in Washington nur tief erschüttert und aufgerüttelt verlassen.

Der Schatten, den diese Epoche auf die deutsche Geschichte wirft, wird und muss noch auf lange Zeit Generationen in Pflicht nehmen, die von den damaligen Ereignissen weder unmittelbar betroffen, noch auch nur im entferntesten gar schuld an ihnen sind. Für sie gilt das Wort des KZ-Häftlings Primo Levi: „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen. Es kann geschehen, überall.“ Daraus leitet sich die Verpflichtung ab, wachsam zu sein und Anfängen zu wehren.

*Ansprache bei der Gedenkstunde der Stadt Passau am 7. Mai 2005

Radikale Folgen

Primo Levis „überall“ nimmt den Deutschen in Gegenwart und Zukunft gleichsam ihre exklusive Position. Sicher ist richtig, dass der Nationalsozialismus kein vorgezeichnetes, unent-rinnbares, im Nationalcharakter der Deutschen liegendes Schicksal war; entsprechende Erklärungsversuche haben sich als untauglich erwiesen. Dennoch muss man fragen, warum Krisensymptome, die es im damaligen Europa gemeinhin gab, auf deutschem Boden ihre radikalsten Folgen zeitig-



Heinrich Oberreuter: Unrecht verändert seine Qualität nicht, indem es seine Adressaten wechselt.

Foto: ms

ten. Diese Epoche hat wie keine andere die Position Deutschlands und der Deutschen in der Welt geprägt. Sie fordert uns selbst heute nachhaltig heraus. Daher hat das „wehret den Anfängen“ für uns auch besondere Bedeutung. Wir sind es uns selbst schuldig, aus dieser Geschichte zu lernen. Und wir haben es auch getan.

Wer Rückfälle verhindern will, muss sich den Erinnerungen und Erfahrungen, er muss sich nüchterner Bestandsaufnahmen stellen. Wie schwer das fällt, hat sich nach 1945 gezeigt, als bewältigende und wahrscheinlich auch befreiende Kommunikation zunächst durch kollektives „Beschweigen“ (Lübbe) verdrängt worden ist. Umbau einer beschädigten politischen Kultur und Diktaturverhütung sind aber nicht durch Schweigen, sondern nur durch öffentliche Auseinandersetzung mög-

lich – auch wenn es schwer fällt, sich in die Augen zu sehen, wenn man gegenseitig von den alltäglichen, durchaus oft nicht unbegründeten Opportunismen und Verstrickungen weiß. Aber Offenheit bietet größere Chancen, eine breitere Öffentlichkeit einzubeziehen. Diese Offenheit ist mit der Zeit erheblich gewachsen, sogar bis hinunter in den lokalen Raum, wo man sich eben in die Augen sehen muss. Lokale Geschichtsforschung, Schülerwettbewerbe und Jugendinitiativen haben aufklärend und informierend gewirkt. Es ist wichtig zu erinnern, dass Unrecht und Anpassung nicht ins Ferne entrückt gewesen, sondern Probleme der Nähe und des Nächsten waren. Für die Zwänge der Gewalt-herrschaft gilt das gleiche. In dieser Übersetzung der großen Geschichte in die kleine Alltagsnähe und Alltagspraxis liegt wahrscheinlich der größte Lern- und Präventionseffekt.

Werterfüllte Staatlichkeit

Man muss diese Nähe geradezu suchen. Denn der Sinn des Lernens aus dieser Geschichte musste die Konstruktion eines Gegenmodells politischer Ordnung sein, dessen wichtigster Baustein der Respekt vor dem Individuum und seiner Freiheit ist. Dieser Respekt besitzt wiederum sein Fundament in der unverbrüchlichen Geltung des Rechts. Prävention lag daher auch in der Errichtung und Verteidigung einer pluralistisch-rechtsstaatlichen Demokratie und in dem Unterfangen, diese Staatsform in der Gedankenwelt und der politischen Kultur der Deutschen abzusichern. Sie ist entstanden aus Erfahrungen und Überzeugungen von fortwirkender Aktualität. Ich nenne drei:

1. Der aus der deutschen „Kollektivscham“ (Theodor Heuss) gespeiste politische Wille, sich von der NS-Diktatur ein für alle Mal abzusetzen und allen totalitären Anfälligkeiten endgültig abzuschwören. Gegen den Verderb aller Werte, welcher zur Schändung des Menschen und zur Vernichtung von Leben geführt hatte, stellt sich nun „werterfüllte Staatlichkeit“ (Ernst Forsthoff).

2. Die Sorge, die wirklichen und vermeintlichen Fehler der Weimarer Verfassung, welche die Diktatur ermöglicht hatten, nicht zu wiederholen. Daher haben wir die Wertbindung und Wehrhaftigkeit der Demokratie eingeführt. Freilich liegt das Problem letztlich nicht in den Rechtsnormen, sondern in den politischen Einstellungen und Mentalitäten der Bürger.

3. Die Absicht, endlich gesicherten Anschluss an das liberale Verfassungsdenken der pluralistischen Demokratien zu gewinnen. Das Experiment scheint geglückt. Die Demokratie hat auch in nun schon anhaltenden ökonomischen Krisenzeiten ihre grundsätzliche Attraktivität nicht verloren. Das war früher anders, als die Eliten in Verwaltung, Justiz, Militär, Wirtschaft und Politik Vorbehalte gegen die Demokratie konserviert hatten und ihre autoritäre Veränderung anstrebten. Sie haben nicht nur diesen Wandel, sondern einen Urknall bekommen.

Heute isoliert sich in der Bundesrepublik politisch, wer die Grundprinzipien freiheitlicher Demokratie bestreitet. Bei allen gelegentlichen Herausforderungen an den Rändern ist der demokratische Konsens gesichert und in der politischen Kultur verankert.

Dieser aus Erfahrung und Erinnerung geborene positive Wandel ist angesichts der historischen Vorbelastungen keineswegs selbstverständlich. Umso wichtiger ist er für uns alle. Fortlassende Hypotheken und Betroffenheiten werden dadurch nicht geringer. Aber gerade wenn die nachwachsenden Generationen ihren Platz in der Geschichte und eine angemessene Positionierung gegenüber der Zeitgeschichte gewinnen sollen, muss neben die Lasten auch die objektive Bewertung eines alles in allem geglückten demokratischen Neuansatzes treten. Der 8. Mai hat uns natürlich auch zu diesem Neuanfang erlöst, so wenig die Zeitgenossen angesichts ihrer aktuellen Nöte damals an verfassungspolitischen Diskussionen interessiert gewesen sind.

Wandel und Neuanfang besitzen zugleich auch Bedeutung für die Beurteilung des Totalitarismus. Zur Urteils-sicherheit gehören zutreffende Maßstäbe. Diese Maßstäbe können nur aus den moralischen und ethischen Prinzipien des demokratischen Rechtsstaats entwickelt werden. Innere „Ver-gangenheitsbewältigung“ und tatsächliches Lernen aus der Geschichte sind daher nur möglich, wenn diese Werte-basis akzeptiert wird. Ohne diese Basis wäre alle Betroffenheit hohl und nicht weit von Heu-chelei entfernt. Nur auf dieser Basis tritt man, traten wir, in den Kreis zivilisierter Völ-ker und wurden wirklich erst befähigt zu dem, was der deutsch-französisch-jüdische Brückenbauer Alfred Grosser als „Grundwert Europas“ be-zeichnet hat: das „Verständ-nis für das Leiden der Ande-ren“.

Unverbrüchliches Recht

Diese moralisch-ethische Di-mension gibt uns auch Orien-tierung für den Umgang mit dem eigenen Schicksal, für den Umgang mit der „tra-gischsten und fragwürdigsten Paradoxie“ unserer Geschich-te. Sie verbietet primitives Aufrechnen und unreflektier-ten Drang danach, „endlich Wahrheiten“ auszusprechen, die oberflächlich, intellektu-ell unzulänglich und zugleich stillos sind. Keine Untat rela-tiviert ja eine andere. Diese moralisch-ethische Dimension verbietet aller-dings nicht, im Sinne Immanuel Kants an die „Majestät des Rechts“ zu erin-nern.

Dass das Recht unverbrüchlich gelten muss, ist die große Lehre aus der Dik-taturgeschichte des 20. Jahrhunderts. Unrecht bleibt Unrecht. Es verändert seine Qualität nicht, indem es seine Adressaten wechselt. Auch menschliches Leid ist unabhängig von nationa-len, ethnischen oder religiösen Zuge-

hörigkeiten, so unterschiedlich es in seinen Dimensionen sein kann. Daher hätten sich auch die Deutschen schon immer an das Leid erinnern dürfen, das mit diesem Gedenktag verbunden ist. Der jüngst entflammten literarischen Diskussion hätte es dazu nicht bedurft.

Wir befinden uns insofern auch heute noch inmitten der Paradoxie, von der Theodor Heuss sprach. Wir stoßen auch immer wieder auf Schwierigkei-



Nach einem Nachtangriff im März 1945 in der Münchner Ludwigstraße.

Foto aus: „Bomber über München“, W. Ludwig Buchverlag/Südwest Verlag, München

ten, mit dieser Komplexität umzuge-hen. Untrennbar verbunden mit diesem Problem bleibt die Einsicht, dass die Voraussetzungen für erlittenes Unbill in den Entgleisungen der eigenen Ge-schichte liegen. Diese Einsicht birgt auch die Grenzen für unziemliche Re-lativierungen und für jene Art eines un-reflektierten Patriotismus, der nur der Nation huldigt, ethische Bindungen aber abstreift. Derlei Einstellungen verdienen angesichts der Erfahrungen mit Nationen ohne Recht und Ethik keine Toleranz.

Erinnerung als Maßstab für die Zukunft

Vom großen jüdischen Religionsphi-losophen Martin Buber stammt das Wort, dass Erinnerung Voraussetzung für Versöhnung sei. Dieses Wort gilt für alle, und es gilt für alle Gesellschaf-ten nach innen wie nach außen. Die Erinnerung, die Buber meint, muss freilich reflektiert und vollständig sein

– und sie ist gerade dadurch auch schmerz-lich. Für die Opfer bleibt sie eine erschüt-ternde Zumutung. Ohne Großmut wird keines die Hand reichen kön-nen. Im Kern geht es ja nicht um Ideologien und Systeme, sondern um Menschen, ihre Schick-sale und Verhaltenswei-sen.

Wir können vor der Er-innerung nicht fliehen, weil sie uns für die Zu-kunft Mahnung und Maßstab gibt.

Der 8. Mai ist nicht nur eine deutsche, sondern wenigstens auf der Nordhalbkugel dieser Erde eine Menschheits-erfahrung. Seither wis-sen wir, dass die Zu-kunft nur auf dem Fun-dament von Freiheit und Recht erbaut werden kann, die den Menschen respektieren; den Men-schen gleich welcher

Herkunft und welchen Bekenntnisses, sei es christlich, jüdisch oder anders. Zu denen, die aus diesem Wissen Kon-sequenzen gezogen haben, gehören nach dem 8. Mai 1945 auch die Deut-schen. Dadurch sind sie in die Gemein-schaft zivilisierter Nationen zurückge-kehrt. Doch mehr als andere müssen sie sich aufgrund ihrer besonderen Ver-gangenheit potentieller Gefährdungen bewusst bleiben. Und solange sie sich erinnern, werden sie aus der Erinne-rung zutreffende Orientierungen für Gegenwart und Zukunft gewinnen. ■

Stalinisierung und Zwangsvereinigung

Zeitzeuge Wolfgang Leonhard berichtet von der Vorgeschichte der DDR

„Der konnte nehmen und stecken!“ Diese äußerst kompakte und griffige Charakterisierung von Walter Ulbricht lieferte Wolfgang Leonhard. Er war Mitglied der „Gruppe Ulbricht“, die nach Kriegsende im Mai 1945 eine Verwaltung im sowjetisch besetzten Teil Berlins aufbauen sollte. Diese Eigenschaft qualifizierte Ulbricht hochgradig für eine Aufgabe, die sich ihm im Rahmen der sowjetischen Besatzung 1945 stellte. „Nehmen und stecken“ bezog sich auf die Fähigkeit, Organisation zu schaffen. Person X aus A nehmen und nach B stecken. Leonhard betonte, dass Ulbricht rein aus dem Kopf ein komplettes Ministerium inklusive aller Personen planen konnte, aber an anderen Dingen wenig interessiert war: keine Kunst, keine Literatur, keine Musik, keine Frauen und wenig Interesse an Ideologie.

Wolfgang Leonhard (Jahrgang 1921) lebte seit 1935 im Exil in Moskau, als ihn im Februar 1945 zusammen mit anderen deutschen Kommunisten unter Ulbrichts Leitung der „Marschbefehl“ nach Berlin erreichte. Ulbrichts Konzept und Aufgabe war es, einen antifaschistisch-demokratischen Block zu schaffen. Begriffe wie sozialistisch, kommunistisch oder marxistisch tauchten kaum auf. Forciert werden sollten die Gründungen einer sozialdemokratischen, einer bürgerlichen, einer freiheitlich-liberalen und einer kommunistischen Partei. In der Besetzung der Verwaltungsposten waren nicht mehrheitlich Kommunisten vorgesehen.

Parteigründungen

Zündstoff bot die Schaffung einer bürgerlichen Partei. Wegen der früher existierenden Strukturen einer katholischen Zentrumspartei waren die Protestanten tendenziell im Nachteil. Deshalb erfolgte die Etablierung einer überkonfessionellen Partei: der Christlich-Demokratischen Union (CDU). Mit der Gründung der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD) am 14. Juli 1945 war der Prozess der Parteibildung abgeschlossen. Stalin selbst hatte, so Leonhard, nach einem Treffen mit Ulbricht in Moskau den bereits von den Funktionären der

KPdSU vorgefertigten Parteiprogrammen umfangreiche Passagen hinzugefügt; und dies nicht im Sinne des Kommunismus. Vielmehr erhielten die Schriften eine recht liberale Note. Mittelfristig war geplant, dass die Sozialdemokraten und die Kommunisten – wenigstens in der SBZ – in einer Organisation aufgingen, die danach eine komfortable Mehrheit haben würde. Allerdings vollzog sich in den folgenden Monaten eine Entwicklung, mit der die Gruppe Ulbricht nicht besonders glücklich war: die SPD zeichnete sich ab Oktober 1945 als stärkste Kraft ab und hegte nur wenig Ambitionen, sich mit der KPD zu verbinden. Daher wurden Maßnahmen ergriffen, um den Fusionswillen etwas zu bestärken. Und dies nicht, wie weithin angenommen, nur über den Weg der Gewalt. Denn allein durch Zwang, so Leonhard, hätte man das nicht erreichen können.

Eine Zeit des Umwerbens wackeliger SPD-Kandidaten begann. Kommunistische Druckereien publizierten plötzlich Werke klassischer sozialdemokratischer Denker. Die Parität in einer gemeinsamen Organisation wurde stark betont. Aber der SPD-Vorsitzende Otto Grotewohl als starker und bedeutender Vertreter der Sozialdemokratie konnte nicht als Partner gewonnen werden. Ein Gespräch mit dem sowjetischen Militärkommandanten Schu-

kow, der gewisse Karrieremöglichkeiten für Grotewohl durchblicken ließ, räumte auch dieses Hindernis aus dem Weg.

Bei Umfragen, die die sowjetische Militäradministration durchführen ließ, sprach sich jedoch die Mehrzahl der SPD-Mitglieder für ein Bündnis, nicht aber für eine Verschmelzung mit der KPD aus. Nachdem die Siegermacht einen Termin für Landtagswahlen auf das Jahr 1946 festlegte, drängte die Zeit. Stalin wies an, dass eine Verschmelzung bis zum 1. Mai 1946 vollzogen sein musste.

Zwangsvereinigung

Im April 1946 fand die Zwangsvereinigung der beiden Parteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) statt. Grotewohl bezeichnete die SED am Vereinigungsparteitag als die große Kraft, die dafür sorgen würde, dass man auf die russischen Bajonette nicht mehr angewiesen sein würde. Die vermeintliche Parteilinie ruhte auf einem Konzept der Parität und Meinungsfreiheit ohne russische Dominanz. Wenig später waren die Sozialdemokraten aus den Reihen der SED weitgehend verschwunden. Die Außenpolitik orientierte sich strikt an Moskau, ursprünglich überparteiliche Organisationen wie die Freie Deutsche Jugend (FDJ) wurden dem Parteiapparat untergegliedert. Innerhalb der Partei begann eine „Säuberung von entarteten Elementen“. Die SED sollte die Geschichte der DDR bis 1989 bestimmen.

Als Wolfgang Leonhard die fortschreitende Stalinisierung erkannte, flüchtete er im März 1949 unter Lebensgefahr in das blockfreie Jugoslawien und von dort Ende 1950 in die Bundesrepublik. Später lehrte er unter anderem in Oxford und Yale. Der 84-Jährige gilt als Kapazität der internationalen Kommunismusforschung. ■

Markus Schad/Michael Schröder

Süddeutsche Zeitung (STA) vom 19./20. März 2005:

Ein Dissident erinnert sich

„Ohne genaueste Kenntnis, wie man so etwas macht, wäre das nicht möglich gewesen“, erklärte Historiker und Kommunismus-Experte Wolfgang Leonhard rund 80 Zuhörern am vergangenen Mittwoch in der Politischen Akademie Tutzing.

Als SED-Funktionär war Leonhard aus Protest gegen den Stalinismus im März 1949 über die Tschechoslowakei nach Jugoslawien geflohen. „Ich bin der erste Dissident der DDR“, sagte der 84-Jährige und schilderte seine „lebensgefährliche“ Flucht, die nur mit Hilfe von Menschenhugglern glückte, über Dresden und Prag nach Jugoslawien.

Mit neun anderen Funktionären war der 1935 mit seiner Mutter nach Moskau emigrierte Leonhard im Mai 1945 als Mitglied der „Gruppe Ulbricht“ von Moskau nach Berlin gekommen und war dort im Regierungsapparat von Walter Ulbricht tätig. Von seinem jugoslawischen Fluchtort Belgrad aus übersiedelte er Ende 1950 nach Westdeutschland und machte sich als Ost- und Kommunismus-



Vom Regierungsapparat in der DDR zu den Menschenhuggern: Wolfgang Leonhard erlebte die Vorgeschichte der DDR aus nächster Nähe mit.

Foto: Schröder

Experte einen Namen. Aber auch dort sei er zunächst nicht in Sicherheit gewesen. „Es gab konkrete Pläne vom SED-Regime, mich zu entführen“, be-

richtete er. Erst nach der Veröffentlichung seines Buches „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ habe sich die Situation entspannt.

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juni

22-1 2. – 3. Juni

Führen Regierungen tatsächlich?

Gouvernementale Steuerungspraxis in vergleichender Perspektive

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft

Leitung: Manfred Schwarzmeier/Everhard Holtmann/Werner J. Patzelt

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

22-3 3. – 5. Juni

Zwischen Legitimität und Effektivität

Zur Rolle des Parlaments im Bereich außenpolitischen Handelns

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für Internationales Recht
und der Technischen Universität Chemnitz

Leitung: Heinrich Oberreuter/Gerald Kretschmer/Rudolf Geiger

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

22-4 3. - 5. Juni

Weltweites Konfliktmanagement

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

23-1* 6. – 10. Juni

Perspektiven der internationalen Entwicklungspolitik

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber/Claudia Reichmann

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

23-2 6. – 10. Juni

Nachhaken und durchblicken – Recherchetraining für Volontäre

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und
Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

23-3 10. – 12. Juni

Regieren mit weniger Geld

Reformpolitik in Zeiten knapper Kassen

Leitung: Michael Schröder/Manfred Schwarzmeier/Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

24-1 13. – 15. Juni

Würde bis zum Lebensende?

Altern, Sterben und Sterbehilfe

Leitung: Miriam Wolf

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juni

24-3 17. – 19. Juni

50 Jahre Bundeswehr – zwischen Tradition und Transformation

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

24-4 19. Juni

8. Passauer Tetralog

Ein Podiumsgespräch zum Thema „Der verletzte Mensch und die Gewalt – Europäische Erinnerungskultur als Fundament der Zukunft“

in Zusammenarbeit mit den Festspielen Europäische Wochen Passau

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

25-1* 20. – 24. Juni

Deutschland – 15 Jahre nach der Wiedervereinigung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber/Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

25-2* 20. – 24. Juni

Politik in der Mediendemokratie

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder/Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

25-5 22. Juni

Akademiegespräch im Landtag

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

25-3 24. – 26. Juni

Nation Building – Staaten vom Reißbrett?

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft der Vereinten Nationen

Leitung: Michael Piazo

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

26-2* 27. – 29. Juni

Besser lernen, flexibler arbeiten – Frauen und Familien unter Stress

Tagung mit dem Deutschen Hausfrauenbund Bayern

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juli

26-7 30. Juni – 2. Juli

Menschenwürdige Wirtschaftsordnung

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Leitung: Ulrich Blum/Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

27-5* 4. – 8. Juli

Der neue Lehrplan in Sozialkunde an Berufs- und Berufsfachschulen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Siegfried Münchenbach/Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

27-4 8. – 9. Juli

Großmacht China

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

28-1* 11. – 13. Juli

Probleme des Geschichtsunterrichts an Realschulen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Hannelore Lachner/Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

28-2* 11. – 13. Juli

EU-Erweiterung – ein Jahr danach

Bilanz und Perspektiven

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Evangelischen Frauenbund,

dem Deutschen Frauenring und dem Katholischen Deutschen Frauenbund/Landesverbände Bayern

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

28-3 15. – 17. Juli

Mehr Gerechtigkeit durch Politik! Aber wie?

Leitung: Heinrich Oberreuter/Saskia Hieber/Michael Schröder/

Karl-Heinz Willenborg/Miriam Wolf

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

29-1* 20. Juli

Europa und die internationale Sicherheit

Tagung in Zusammenarbeit mit Studienseminaren für berufliche Schulen

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

August

31-1* 1. – 4. August
Fragen zur Zeitgeschichte – Probleme der Gegenwart
Ferienseminar 1 für Geschichts- und Sozialkundelehrer/innen
Leitung: Jürgen Weber
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

31-2 4. – 7. August
Internationale Politik: USA – Asien – Russland
Ferienseminar 2
Leitung: Saskia Hieber
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

35-2 29. August – 2. September
One step ahead – The European Constitution needs European Identity
Ferienakademie in Zusammenarbeit mit den Jungen Europäern Bayern
Leitung: Michael Piazoło
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

September

35-3 2. – 4. September
Sommerakademie ASIEN: Politik und Wirtschaft
In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung
Leitung: Saskia Hieber
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

36-3 5. – 8. September
Aktuelle Probleme der nationalen und internationalen Politik
Ferienseminar 3
Leitung: Michael Piazoło
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

36-2 9. – 11. September
Alles erlaubt? Über den Verlust moralischer Grenzen und Verbindlichkeiten
Leitung: Miriam Wolf
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

September

37-1 12. – 16. September

Mit spitzer Feder

Kommentar- und Glossenwerkstatt mit Peter Linden

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

37-4 16. – 18. September

Dialog der Generationen

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

38-1* 19. – 23. September

Vielfalt als Ressource – Chancen durch Zuwanderung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Siglinde Schweizer/Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

38-2* 19. – 23. September

Bilder lügen doch! Manipulation im Film

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder/Jutta Gruber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

39-4* 28. – 30. September

Islamistischer Terrorismus – Ursachen, Akteure, Bekämpfungsstrategien

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Polizeigewerkschaft, Landesverband Bayern e.V.

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug	Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Heike Bäuerle	H.Baeuerle@apb-tutzing.de
Renate Heinz	R.Heinz@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de

Förderkreis der Akademie für Politische Bildung e.V.

EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

1988 haben einige der Akademie nahestehende Persönlichkeiten den Förderkreis der Akademie für Politische Bildung gegründet mit dem Ziel, die Bildungsarbeit der Akademie bei jenen Projekten finanziell zu unterstützen, die nicht durch staatliche Haushaltsmittel realisiert werden können. 1. Vorsitzender des Vereins ist seit Juli 1995 Oberstleutnant a. D. Gernot Abendt aus Tutzing. Der Anfang wurde 1989 mit der Ausschreibung eines Schülerwettbewerbs zum Thema "40 Jahre Bundesrepublik Deutschland" gemacht; es folgte finanzielle Hilfestellung bei der Gewinnung bedeutender Referenten für zahlreiche wichtige Tagungen, bei Publikationsprojekten und der Ausstattung der Akademie durch projektbezogene Spenden. Nicht zuletzt wurde der Akademiebus durch den Förderkreis finanziert.

Wir möchten Sie herzlich zur Mitgliedschaft im Förderkreis einladen, um so den Kontakt zu vertiefen, der durch den Bezug des Reports oder Teilnahme an Tagungen bereits besteht. Der Förderkreis ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und somit berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt Euro 30,- im Jahr; die Vereinssatzung wird Ihnen auf Anforderung gerne zugesandt. Über neue Mitglieder würden wir uns sehr freuen.

Geschäftsstelle: 82327 Tutzing, Buchensee 1, Tel. 08158/256-0 / Fax: 08158/256-51
Bankverbindung: Kreissparkasse München Starnberg, BLZ 702 501 50
Konto-Nr. 430 592 477

An den
Förderkreis der
Akademie für Politische Bildung e. V.

82323 Tutzing

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft im Förderkreis der Akademie für Politische Bildung.

☐ Den Mitgliedsbeitrag überweise ich.

☐ Ich bitte um Übersendung einer Einzugsermächtigung.

Name, Vorname:

Titel, Beruf:

Anschrift, Telefon:

Datum, Unterschrift:

Akademie für Politische Bildung
Postfach 1162, 82323 Tutzing
Pressesendung DPAG
„Entgelt bezahlt“, B 42656

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter referierte zu Fragen des Abgeordnetenrechts und der Abgeordnetenbezüge bei der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen im Berliner Reichstag sowie als Sachverständiger bei einem Hearing des Sächsischen Landtages in Dresden. Bei der Konferenz der deutschen Parlamentspräsidenten im Münchner Maximilianeum diskutierte er über Parlamentsreformen. In Budapest sprach er bei einer internationalen Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung über „Erinnerung als Fundament der Zukunft: Erfahrungen, Werte und Strukturen für eine europäische politische Kultur.“ Über Wandel und Reformfähigkeit des politischen Systems in Deutschland trug er im Kloster Seeon vor, über Politik in den Medien („Zwischen Show und Information“) in München. Zur „Bildungspolitik in der Wissensgesellschaft“ sprach er in Regensburg.

KURATORIUM

Prof. Dr. Walter Eykman, MdL wurde zum Komtur des Päpstlichen Silvesterordens ernannt. Die Ehrung hatte noch Papst Johannes Paul II. veranlasst. Bei der Ernennung würdigte Kardinal Friedrich Wetter Eykmans Verdienste um die Förderung von Ehe und Familie.

Prof. Dr. Gerhard Waschler, MdL ist zum Vorsitzenden des Landtagsausschusses für Bildung, Jugend und Sport gewählt worden.

KOLLEGIUM

Saskia Hieber hielt auf Einladung der NATO- Schule in Oberammergau Vorträge zum Thema „Security Trends in East Asia“ und auf Einladung der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit einen Vortrag mit dem Titel „Die Großmacht China am Beginn des 21. Jahrhunderts“. Im Rahmen ihres Lehrauftrags an der Universität München hielt sie im Wintersemester eine Übung zum Thema „Machtzentren und Sicherheitsordnungen in Ostasien“ und bietet im Sommersemester eine Übung unter dem Titel „Chinesische Außen- und Sicherheitspolitik“ an.

Dr. Michael Piazzolo leitete eine Fortbildungsreise zu den europäischen Institutionen in Straßburg. Das Seminar umfasste u.a. Besuche beim Europäischen Parlament, dem Europarat und dem Europäischen Bürgerbeauftragten. Auf Einladung des Centre International de Formation Européenne sprach er in Nizza über die Zukunft der EU vor dem Hintergrund der aktuellen Verfassungsdebatte. Im Sommersemester wird er an der Universität Augsburg ein Hauptseminar zum Thema „Persönlichkeiten der Europäischen Integration“ leiten.

Dr. Manfred Schwarzmeier hielt in Herrsching einen Vortrag zum Thema „Freistaat Bayern – Land zwischen Laptop und Lederhose“.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....
Straße.....
PLZ..... Ort.....
Tel..... Fax..... E-Mail.....
Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing